



**Innovationsverbund  
Ostdeutschlandforschung**

## **Reader zum 4. Workshop Ostdeutschlandforschung**

Teilhabe in Ostdeutschland  
– Innovationspotentiale, Lernprozesse und Restriktionen  
einer Gesellschaft im Umbruch

Freitag, 28. November 2008

Technische Universität Berlin  
Zentrum Technik und Gesellschaft  
Hardenbergstraße 36A  
10623 Berlin

E-Mail: [ostdeutschlandforschung@ztg.tu-berlin.de](mailto:ostdeutschlandforschung@ztg.tu-berlin.de)

durchgeführt vom  
Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung  
und Netzwerk Ostdeutschlandforschung





## Inhaltsverzeichnis

### Einführung in das Teilhabekonzept

- Benjamin Nölting: Das Teilhabekonzept als Herausforderung für die Ostdeutschlandforschung..... S. 5
- Berthold Vogel: Teilhabewelten? Spannungsfelder des sozialen Wandels in Ostdeutschland.....S.13
- Ulrich Busch: Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Teilhabe in Ostdeutschland.....S.14

### Beiträge zum Forum I: Arbeit

- Sabine Böttcher: Bürgerarbeit: Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit..... S.15
- Hendrik Berth, Peter Förster, Elmar Brähler, Yve Stöbel-Richter: Was bedeutet Arbeit und Arbeitslosigkeit für junge Ostdeutsche? Ergebnisse aus 20 Jahren Längsschnittstudie.....S.15
- Kirsten Puhr: Inklusion und Exklusion im Kontext prekärer Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen.....S.16

### Beiträge zum Forum II: Sozio-kulturelle Innovationen und Blockaden

- Irene Dölling: ‚Geschlecht‘ in gesellschaftlichen Transformationsprozessen. – Möglichkeiten und Grenzen für Teilhabe..... S.18
- Claudia Neu: Soziale und kulturelle Infrastruktur zwischen öffentlicher Leistung und privatem Engagement: Territoriale Ungleichheit und Teilhabe in ländlichen Räumen..... S.19
- Susanne Völker: Prekarisierungen: pragmatische Geschlechterkonstellationen zwischen orthodoxen Klassifikationen, Erschöpfungen vergeschlechtlichter Formate und Praktiken der Unbestimmtheit..... S.20
- Petra Drauschke und Heidrun Schmidtke: Wie viel wiegt das „ostdeutsche Gepäck“ auf dem Rücken junger Frauen? Neue Lebensmuster junger Frauen in Ostdeutschland zwischen Erwerbs- und Familienorientierung? Kontinuität und Bruch mit der Müttergeneration?..... S.22
- Christine Dissmann, Nina Gribat, Benjamin Nölting: Bilder des Wandels – Wandel der Bilder in Ostdeutschland..... S.23
- Michael Sperber: Zwischen Mitbestimmung und Ausgrenzung – Bürgerengagement in einer südbrandenburgischen Kleinstadt..... S.24
- Silke Stöber: Arbeitsgemeinschaft Lebendige Dörfer – Experiment einer Bildungs-, Beratungs- und Vernetzungsoffensive für Dörfer in dünn besiedelten ländlichen Regionen Brandenburgs.....S.25
- Andrea Gaube: Sozialraumentwicklung – StadtLand-Entwicklung und die soziale Verantwortung der Akteure.....S.26

### Beiträge zum Forum III: Regionen und Regionalentwicklung

- Steffen Maretzke: Blühende Landschaften allein reichen nicht aus..... S.28
- Thilo Lang: Schrumpfung, Innovation und räumliche Disparitäten – zu den Gestaltungsmöglichkeiten lokaler Akteure im Bereich Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.....S.29

- Theodor Fock: Regionale Entwicklung in ländlichen Regionen – Die Mecklenburgische Seenplatte zwischen endogener Entwicklung und Fremdbestimmung..... S.30
- Axel Dosch: Braucht es neue Ziele und Ressourcen für eine partizipative Regionalentwicklung?.....S.31
- Martina Schäfer, Carolin Schröder: Bio-Verpflegung in öffentlichen Küchen als Katalysator für die Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten?.....S.32
- Silke Stöber: Dörfliche Governance als Chance für neue Wege..... S.33

#### Beiträge zum Forum IV: Zivilgesellschaftliche Entwicklung

- Michael Corsten: Zivilgesellschaftliche Entwicklung zwischen Prekarität und Engagement..... S.35
- Frank Ernst: Periphere Räume in Ostdeutschland. Zwischen „abgehängt werden“ und neuen Mustern der Teilhabe.....S.35
- Bettina Grimmer: Teilhabe in der fragmentierten Stadt – Potentiale und Grenzen..... S.36
- Thomas Bürk, Matthias Naumann: Teilhabe und Ausschluss in ostdeutschen Klein- und Mittelstädten..... S.37
- Sylvi Mauermeister: Kulturelle Ressourcen regionalwirtschaftlicher Entwicklung und räumliche Disparitäten. Eine vergleichende Analyse von zwei Regionen in Ostdeutschland.....S.38
- Victoria Viererbe, Thomas Wude: Achtung Anstifter: Bürger werden aktiv! Im Süden Brandenburgs bereiten Bürger die Gründung einer Bürgerstiftung vor..... S.39
- Heike Brückner: Erprobung neuer Formen von Bürgeraktivierung und Teilhabe in schrumpfenden Städten: Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010..... S.41

## **Einführung in das Teilhabekonzept**

### **Das Teilhabekonzept als Herausforderung für die Ostdeutschlandforschung**

Benjamin Nölting, Zentrum Technik und Gesellschaft TU Berlin  
unter Mitarbeit von Gerko Egert  
E-Mail: noelting(at)ztg.tu-berlin.de

#### **1. Einführung – Vom Wohlfahrtsstaat zur Teilhabe?**

Die Debatte um soziale Exklusion und das Auseinanderdriften der Gesellschaft reißt nicht ab. Der Wohlfahrtsstaat nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte auf sozialen Rechten, die gleichen Zugang zu gesellschaftlichen Institutionen wie Bildung, Gesundheitswesen und sozialer Sicherung gewährten, auf relativer Vollbeschäftigung und sozialen, vor allem familiären Nahbeziehungen. Seit den 1980er Jahren haben jedoch Langzeitarbeitslosigkeit und Einschnitte in soziale Sicherungssysteme Ungleichheit verschärft (Kronauer 2003). Die „soziale Frage“ stellt sich daher in neuer Form.

Dies trifft in besonderem Maße auf die ostdeutsche Gesellschaft zu, die durch Umbruchprozesse fragmentiert ist. Arbeitslosigkeit, Prekariat und „Überflüssige“ sind dort zu beobachten. Zwar ist auch Westdeutschland diesen Veränderungsprozessen unterworfen, diese liefen jedoch in Ostdeutschland viel rascher ab und waren mit tief greifenden Umwälzungen verbunden. Außerdem können Ostdeutsche in viel geringerem Umfang auf ein Polster an schützender Ressourcenausstattung, z.B. in Form von Vermögensrücklagen, Bildungstiteln und nützlichen Beziehungsnetzwerken, zurückgreifen. Wenn aber die Möglichkeiten zur Teilhabe erodieren, dann sind nicht nur individuelle Chancen eingeschränkt, sondern Zusammenhalt und Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt werden unterminiert (Bude 2008). Teilhabe stellt ein wissenschaftliches und zugleich politisches Konzept dar, das sich mit den hier skizzierten Problemlagen befasst. Es sieht in der Befähigung zu aktiver Partizipation den Schlüssel zur Überwindung sozialer Ungleichheit. Als wissenschaftlich-analytisches Konzept ist Teilhabe mehrdimensional und im Zeitverlauf dynamisch angelegt; es hebt auf die Rolle individuellen Handelns innerhalb gesellschaftlicher Strukturen ab. Als politisches Konzept markiert es die Schwelle, deren Unterschreiten öffentliches Handeln und soziale Sicherungsleistungen auslösen soll (Bartelheimer 2007).

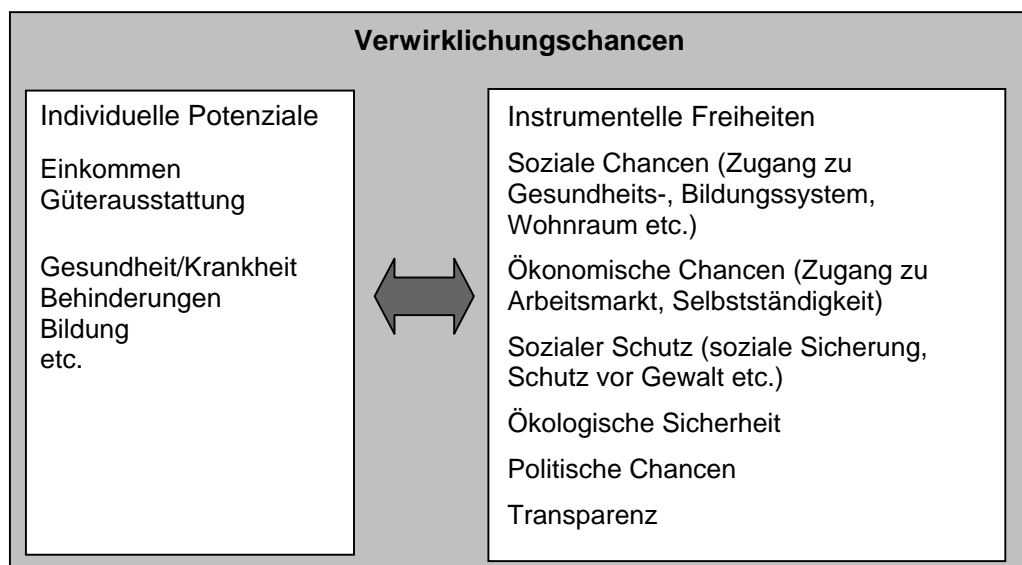
Mit dieser Ausrichtung kann das Teilhabekonzept interessante Anstöße für die Ostdeutschlandforschung geben. Erstens kann die Ostdeutschlandforschung sowohl den Akteursbezug als auch die gesellschaftspolitische Gestaltungskomponente des Teilhabekonzepts aufgreifen. Zweitens kann sie im Anschluss an die sozio-ökonomische Berichterstattung das Teilhabekonzept für die Bedingungen des Umbruchs und der Fragmentierung in Ostdeutschland weiterentwickeln. Drittens schließlich weist der Jahresbericht zur Deutschen Einheit 2007 der Teilhabe eine herausgehobene Rolle beim Aufbau Ost zu: „Für den weiteren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozess in den neuen Bundesländern sowie die individuelle Lebenssituation der Ostdeutschen ist die Sicherung der aktiven Teilhabe aller Menschen an Arbeit und Wohlstand jedoch von allergrößter Wichtigkeit.“ (BMVBS 2007, S. 11) Wie das politisch umgesetzt wird, ist kritisch zu prüfen. Die hier angerissenen analytischen, empirischen und normativen Impulse des Teilhabekonzepts können für die Ostdeutschlandforschung eine Bereicherung und eine Ausweitung der Forschungsperspektive darstellen. Allerdings hat das breit angelegte und dadurch nicht

immer klar fokussierte Teilhabekonzept auch Grenzen. Aufgabe dieses Artikels ist es, dessen Stärken und Schwächen auszuloten sowie Fragestellungen für die Ostdeutschlandforschung zu gewinnen. Nachfolgend wird zunächst das Teilhabekonzept dargestellt und dann auf die Situation in Ostdeutschland übertragen.

## 2. Darstellung des Teilhabekonzepts

Das Teilhabekonzept geht auf den Ökonomen Amartya Sen zurück und hebt nicht auf einzelne Wohlstandsindikatoren wie Einkommen oder Bildungsgrad, sondern auf die Verwirklichungschancen der Mitglieder in einer Gesellschaft ab (Sen 2000). Unter Verwirklichungschancen werden die Möglichkeiten oder umfassenden Fähigkeiten („capabilities“) von Menschen verstanden, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden können. Verwirklichungschancen beruhen erstens auf individuellen Potenzialen wie Geschlecht, Alter, Einkommen, Güterausstattung, Bildungsstand, Gesundheit etc. Inwieweit diese individuellen Potenziale realisiert, vermindert oder verbessert werden, hängt zweitens von den gesellschaftlich bedingten Chancen bzw. den instrumentellen Freiheiten ab (vgl. Abbildung 1). Sie werden in beträchtlichem Maße von staatlichem Handeln beeinflusst. Der Prozess der Teilhabe ist nach Sen ein Zusammenspiel von individuellen Freiheiten und gesellschaftlichen Machtstrukturen (Sen 2000, S. 9f). In der individuellen Handlung manifestiert sich dann das faktische Teilhabeergebnis bzw. die konkrete und nicht nur potenzielle Lebenslage („functionings“).

Abbildung 1: Dimensionen der Verwirklichungschancen



Quelle: Nach Arnt et al. 2006.

Das Konzept der Teilhabe grenzt sich gegen eine vereinfachende Inklusions-Exklusions-Logik ab und ist darum bemüht, der Exklusion einen positiven, normativen Begriff gegenüberzustellen. Es werden verschiedene Dimensionen der Teilhabe analysiert, mittels derer versucht wird, die komplexen gesellschaftlichen Strukturen abzubilden und sie nicht auf eine dichotome Ordnung zu reduzieren. Es geht darum, Abstufungen ungleicher Teilhabe zu unterscheiden. Als groben Rahmen schlägt Castel vor, dass man a) von einer

teilhabenden gesellschaftlichen „Mitte“ ausgehen kann, um die sich b) eine Zone der Prekarität oder sozialer Verwundbarkeit, im nächsten Schritt c) eine Zone der (tendenziell abhängig machenden und entmündigenden) Fürsorge und schließlich d) eine Zone sozialer Ausgrenzung bzw. „Entkopplung“ („désaffiliation“) herumlagern (Castel 2008, S. 72-73). Wichtige Ursache sozialer Verwundbarkeit sind die Degradierung der Arbeitsbeziehungen und die Krise der Arbeitsgesellschaft (ebenda, S. 83).

Der Teilhabebegriff lässt sich nach Bartelheimer wie folgt zusammenfassen:

„Er ist mehrdimensional, da sich Teilhabe erst durch das Zusammenwirken verschiedener Teilhabeformen ergibt. Es sind verschiedene Abstufungen sowie erwünschte und inakzeptable Formen ungleicher Teilhabe zu unterscheiden. Als dynamisches Konzept ist Teilhabe in zeitlichen Verläufen zu betrachten. Schließlich wird Teilhabe durch handelnde Subjekte, durch individuelles Handeln in sozialen Beziehungen angestrebt und verwirklicht.“ (Bartelheimer 2007, S. 4).

Die Grenzen des Teilhabekonzeptes liegen in der unscharfen Definition von Teilhabe mit verschiedenen Formen/Dimensionen, die nicht klar voneinander abgegrenzt werden können, sowie in einer Unterbewertung struktureller Bedingungen. Im Verhältnis zu mikrosoziologischen Aspekten finden Kategorien wie Rechte oder makroökonomische Rahmenbedingungen ebenso unzureichend Eingang in das Konzept wie politische und sozio-ökonomische Machtungleichgewichte. Das erschwert die Diagnose sozialer Ungleichheit, insbesondere jedoch Ansatzpunkte für staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln und die Gestaltung förderlicher Rahmenbedingungen.

Für die Anwendung in der sozialwissenschaftlichen Forschung wie auch in der Politik lassen sich drei Aspekte hervorheben:

- a) das Verhältnis der Teilhabeformen,
- b) die zugrunde liegenden Teilhabenormen und
- c) die politische und gesellschaftliche Ausgestaltung von Teilhabe.

#### Teilhabeformen

Um die Mehrdimensionalität von Teilhabe in eine analytische Ordnung zu bringen, unterscheidet man fünf Dimensionen von Teilhabe (in Anlehnung an Sen):

- Erwerbsarbeit,
- soziale Nahbeziehungen (incl. informelle Arbeit bzw. Reproduktion),
- bürgerliche, politische Rechte,
- soziale Rechte,
- Bildung und Kultur (Bartelheimer 2007, S. 10f).

Erst aus dem Zusammenwirken der Teilhabeformen ergibt sich die konkrete Lebenslage. „Verschiedene Teilhabeformen können einander kompensieren und Gefährdungen 'abpuffern'.“ (Bartelheimer 2007, S. 11) Diese Mehrdimensionalität führt zu der Frage, wie sich die unterschiedlichen Teilhabeformen gegenseitig bedingen und beeinflussen. Im sozialstaatlichen Modell der alten Bundesrepublik wurde Teilhabe durch die Kombination aus Erwerbsarbeit und Solidarität im Haushalt bzw. Familienverband gesichert. Massenproduktion und Teilhabe der Massen gingen im Fordismus Hand in Hand:

„Teilhabe bedeutet im Fordismus an und für sich universelle und gleiche Teilhabe an den Ergebnissen einer wachsenden Produktivität und einer wachsenden Welt von

Waren und Dienstleistungen – im Maße der jeweiligen Stellung im Erwerbssystem –, schloss insbesondere auch Teilhabe an standardisierten öffentlichen Dienstleistungen (Bildung, Kultur, Mobilität usw.) und standardisierten Massen-Mitbestimmungsrechten (Wahlen, Bürgerbeteiligung, Minderheitenrechte usw.) ein.“ (Land/Willisch 2006, S. 50).

Angesichts von Massenarbeitslosigkeit wird dieses Prinzip brüchig. Das mehrdimensionale Teilhabekonzept schärft unter diesen Voraussetzungen den Blick für verschiedenartige Ausschlussprozesse in der Gesellschaft sowie für das Zusammenspiel verschiedener Teilhabeformen (Kronauer 2008). Dabei stellt sich die Frage, ob ein Ausweichen auf andere Teilhabeformen möglich ist oder ob der Ausschluss aus einer Sphäre – z.B. der Erwerbsarbeit – gleichzeitig zum Ausschluss von anderen Teilhabeformen führt? Kann die Teilhabe durch Erwerbsarbeit mittels anderer Teilhabeformen kompensiert oder lediglich ergänzt werden?

#### Teilhabennormen

Teilhabe funktioniert als politische Norm und setzt sich mit der Frage auseinander, wie viel Ungleichheit die Gesellschaft akzeptiert. Anders gewendet soll damit der Punkt bestimmt werden, an dem Politik eingreifen muss, wenn Teilhabe nicht mehr gewährleistet ist. In der Gewährleistung sind beträchtliche Abstufungen denkbar, von der Sicherung des Existenzminimums, über die Garantie sozialer Sicherheit bis hin zu Maßnahmen sozialen Ausgleichs. Teilhabe kann als individueller Rechtsanspruch oder als Fürsorge im Tausch gegen individuelle Verpflichtung zur Erwerbsarbeit bestimmt werden (Bartelheimer 2007). Hinter diesen Ausprägungen steht ein unterschiedliches normatives Verständnis von Teilhabe. Die Normen können auch in Widerspruch zur gesellschaftlichen Realität treten, wenn z.B. Erwerbsarbeit als zentrale Teilhabennorm fortexistiert, auch wenn das (lebenslange, sozialversicherte) Normalarbeitsverhältnis zunehmend erodiert. Ergibt sich aus den Teilhabennormen eine unterschiedliche Präferenz und Wertschätzung der Teilhabeformen?

#### Ausgestaltung von Teilhabe

Angesichts der Mehrdimensionalität von Teilhabeformen und -normen stellt sich die Frage, wie das Eingreifen bei mangelnder Teilhabe gestaltet werden soll. Eine zentrale Herausforderung ist die Balance zwischen individueller und allgemeiner (infrastruktureller) Unterstützung bzw. zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Angeboten. Dabei ist sowohl die Frage, wer eingreift, als auch die Form des Eingreifens zu analysieren. War das staatliche Eingreifen bei mangelnder Teilhabe am Erwerbsarbeitsmarkt lange Zeit bestimmt von einer Logik der Hilfe zur Reintegration in den alten Beruf, hat sich dies heutzutage, besonders in strukturschwachen Regionen, verschoben zu einer Form der Arbeitsfürsorge, in der die Arbeitslosen keinen Anspruch auf ein Mitspracherecht bei den auszuführenden Tätigkeiten haben. Wie gestaltet sich das gesellschaftliche Eingreifen in anderen Bereichen der Teilhabe: Muss der Staat alle diese Bereiche abdecken oder ist es die Zivilgesellschaft, die zum Handeln aufgefordert ist? Oder wird unter dem Deckmantel der Teilhabe die Verantwortung vom Staat auf die Haushalte und Familien verschoben (Bartelheimer 2007, S. 18)?

Können alle Teilhabeformen in gleicher Weise gefördert werden? Oder geht das bei

bestimmten Teilhabeformen besser als bei anderen? Können sie einzeln und isoliert unterstützt werden oder müssen sie in Bezug aufeinander integrativ gefördert werden?

### 3. Das Teilhabekonzept in der Ostdeutschlandforschung

Welche Anforderungen ergeben sich aus diesen Überlegungen für die Ostdeutschlandforschung? Wie lässt sich dieses Konzept auf die Umbruchgesellschaft in Ostdeutschland übertragen? Was kann man von Ostdeutschland lernen?

In Ostdeutschland greift das ehemalige westdeutsche Wohlfahrtsstaatsmodell nicht. Laut einer Studie von Neugebauer (2006) können in Ostdeutschland rund 25 % der Bevölkerung der Kategorie „Abgehängtes Prekariat“ zugerechnet werden (Ost 25 %, West 4 %, ges. 8 %). Dieses Prekariat speist sich aus mehreren sozialen Gruppen der ostdeutschen Gesellschaft, die beträchtlich an Teilhabechancen eingebüßt haben, wie z.B.:

- die Generation von Endfünfzigern mit unregelmäßigen Erwerbsverläufen nach der Wende zwischen Beschäftigung, Qualifizierung, Quasibeschäftigung und Nichtbeschäftigung, die erheblich reduzierte Rentenansprüche haben, deren Ersparnisse aus der DDR-Zeit aufgezehrt sind und die nur noch bedingt familiäre Unterstützung haben, weil die Kinder weggewandert sind,
- Frauen, deren Zugangschancen zum Arbeitsmarkt sich erheblich verschlechtert haben,
- die „verlorene Generation“ der letzten 10 Jahrgänge von Schulabgängern, von denen jeweils gut ein Drittel trotz Ausbildung und Lehre keine Arbeit gefunden hat,
- die Landarbeiter, die in der Landwirtschaft nicht mehr gebraucht werden und bei der (postmodernen) Neugestaltung ländlicher Räume als störend empfunden werden (Bude 2008, S. 53ff),
- Industriearbeiter (inkl. Bergbau) der abgewickelten DDR-Industrien.

Berthold Vogel spricht davon, dass sich in Ostdeutschland „geradezu eine generationenübergreifende Sozialkultur der Arbeitslosigkeit entwickelt [hat], die ihre eigenen Institutionen, ihre spezifischen sekundären Arbeitsmärkte und ihre beruflich-sozialen Mentalitäten kennt“ (Vogel 2008, S. 15). Diese Entwicklungen stellen eine Herausforderung für Teilhabe in Ostdeutschland dar. Aber nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern verschiedene Strukturen wie z.B. soziale Infrastruktur, Familienverhältnisse, Geschlechterrollen, Demografie usw. sind brüchig geworden. Das wirkt sich auf die verschiedenen Teilhabeformen aus, Ausschluss von Teilhabe kann sich wechselseitig verstärken. Ostdeutschlandforschung muss solche Defizite bei der Teilhabe klar benennen. Andererseits kann das Teilhabekonzept in seiner Mehrdimensionalität auch auf Chancen und neue Kombinationen von Teilhabeformen jenseits der Erwerbsarbeit hinweisen. Aufgabe der Ostdeutschlandforschung ist es, mögliche neue Ausformungen von Teilhabe, die damit verbundenen Lernprozesse und innovativen Ansätze in Ostdeutschland herauszuarbeiten und für Gesellschaftspolitik fruchtbar zu machen.

#### Teilhabeformen in Ostdeutschland

In Umbruchgesellschaften können sich Dominanzverhältnisse von Teilhabeformen verschieben. Dies gilt insbesondere für die Erwerbsarbeit und ihr Verhältnis zu anderen Teilhabeformen. Wird mit dem Rückgang der Erwerbsarbeit diese Teilhabeform umso wichtiger oder verliert sie an Bedeutung? Müssen andere Teilhabeformen, z.B. Familien, dies kompensieren, wie Berthold Vogel vermutet (Vogel 2008)?

Unter welchen Voraussetzungen können die (unfreiwilligen) Umbrucherfahrungen für die Gestaltung von Teilhabe genutzt werden? Kommen durch den Wegfall der Erwerbsarbeit und die dadurch entstehende disponible Zeit andere Teilhabeformen in den Blick? Kann diese durch ein Grundeinkommen sinnvoll genutzt werden? Ist Teilhabe jenseits von Erwerbsarbeit möglich oder ist erst das Zusammenspiel von Erwerbsarbeit und disponibler Zeit als Form der Teilhabe anzusehen (Ostdeutschland braucht einen neuen Anlauf 2006, S. 14)? Wie können – wenn wir die in den letzten Jahren in Ostdeutschland gesammelten Erfahrungen als Lernprozesse verstehen – neue Formen von Teilhabe empirisch-analytisch beobachtet werden?

Kann man die Benachteiligung sozialer Gruppen in Ostdeutschland als individuelles Schicksal auffassen? Welche Voraussetzungen für Teilhabe müssen speziell für diese Gruppen geschaffen werden? Welche Konsequenzen hat der demografische Wandel für die Teilhabeformen und -chancen in Ostdeutschland?

#### Teilhabennormen in Ostdeutschland

Verändern sich durch die Umbrüche nicht nur die Chancen der unterschiedlichen Teilhabeformen, sondern auch die Teilhabennormen? Oder besteht weiterhin der normative Vorrang der Teilhabe durch Erwerbsarbeit, während diese faktisch für große Gruppen nicht mehr zugänglich ist? Die Maßnahmen des Staates zur Verringerung hoch bleibender Arbeitslosenzahlen – von denen gerade in Ostdeutschland ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Bevölkerung abhängig ist – versprechen noch stets die Rückführung in eine Phase der Erwerbsarbeit. Doch haben sie sich de facto längst von der Teilhabennorm der Arbeit verabschiedet, integriert werden die Teilnehmer der sozialstaatlichen Maßnahmen lediglich in ein System aus Maßnahmen, Praktika und 1-Euro-Jobs (Land/Willisch 2006, S. 52). Wie verschieben sich hier – vielleicht sogar gegenläufig zu den offiziellen Strategien der Politik – die Teilhabennormen im Bereich des „sekundären Integrationsmodus“ durch sozialstaatliche Maßnahmen? Hat sich der Staat längst von dem Ideal der Teilhabe verabschiedet und stellt bloß noch die Existenzsicherung seiner Bürger sicher (ebenda, S. 53) oder steckt hinter der aktuellen Arbeitsmarktpolitik die Norm sozialen Ausgleichs?

#### Ausgestaltung von Teilhabe in Ostdeutschland

Die soziale Zerklüftung in Ostdeutschland stellt mit großer Dringlichkeit die Frage, wie viel Ungleichheit die Gesellschaft ertragen kann und will. Land und Willisch kritisieren, dass die sozialstaatlichen Leistungen, die dem Einzelnen zur Verfügung stehen, nicht durch Teilhabe, sondern durch Existenzsicherung bemessen werden. „[A]lle darüber hinausgehenden Leistungen, die an sich auf die Wiederherstellung von Teilhabe zielen – wie Qualifizierung, Arbeitsgelegenheiten, Unterstützung von Bewerbungen etc. – liegen außerhalb der Verfügungsgewalt und Selbstbestimmung des Individuum, sie werden staatlich verordnet und kontrolliert, sind an verpflichtende Bedingungen geknüpft, sind also gerade das Gegenteil von Teilhabe.“ (Land/Willisch 2006, S. 52-53) Was sind Alternativen zur „aktivierenden“ Arbeitsmarktpolitik?

Die folgenden Aspekte von Teilhabe und ihrer Ausgestaltung in Ostdeutschland sollen im Rahmen des Workshops der Ostdeutschlandforschung „Teilhabe in Ostdeutschland – Innovationspotenziale, Lernprozesse und Restriktionen einer Gesellschaft im Umbruch“

diskutiert werden:

- Ein zentraler Punkt sind Transfers, um die Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland abzumildern. Wie aber können die Transfers so gestaltet werden, dass sie die Teilhabe steigern, ohne in Abhängigkeit zu münden? Welche Transfers stärken welche Teilhabeformen?
- Wie lässt sich Industriearbeit als klassische Teilhabeform in Ostdeutschland stabilisieren? Kann Erwerbsarbeit mit anderen Arbeitsformen (Reproduktion, ehrenamtliche Arbeit etc.) kombiniert werden, um Teilhabe zu stärken? Wie sollte Arbeitsmarktpolitik gestaltet werden? Wie kann vermieden werden, dass das Problem der Arbeitslosigkeit personalisiert und unterstellt wird, dass Arbeitslosigkeit auf Inaktivität der Betroffenen zurückgeht? Kann Bürgerarbeit einen Ausweg bieten?
- Was bedeutet Teilhabe in Regionen? Können Regional Governance und regionale Netzwerke von Unternehmen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren Teilhabe stärken und für endogene Entwicklungen fruchtbar machen? Wie kann die Teilhabe von Regionen unterstützt werden? Welche Verantwortung haben EU, Bund und Länder für strukturschwache Regionen, welche die regionalen Akteure selbst?
- Soziale und kulturelle Entwicklungen gelten als „weiche“ Faktoren des Umbruchs in Ostdeutschland, spiegeln aber häufig wichtige Veränderungen wider. Sie können Teilhabe inspirieren, befördern oder auch blockieren, wenn z.B. der Druck auf soziale Anpassung besonders hoch ist. Welche kulturellen und sozialen Lernprozesse und Innovationen sind in Ostdeutschland zu beobachten und wie wirken sie auf Teilhabe?
- Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement sind einerseits Moment soziopolitischer Teilhabe und beeinflussen andererseits ökonomische und soziokulturelle Teilhabeformen. Dabei sind folgende Aspekte zivilgesellschaftlicher Teilhabe interessant: Wird in Ostdeutschland mit neuen Formen zwischen „politischer“ und „ziviler Gesellschaft“ experimentiert? Sind Ansätze neuer Formen lokaler Governance erkennbar? Wie ist zivilgesellschaftliche Entwicklung mit der Bildung von Sozialkapital verknüpft? Kann zivilgesellschaftliche mit sozioökonomischer Teilhabe verbunden werden?

Insgesamt wirft das multidimensionale Konzept der Teilhabe interessante Fragen für die ostdeutsche Umbruchgesellschaft auf und erlaubt, über „klassische“ Kategorien zur Erfassung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlichen Wandels hinauszugehen. Umgekehrt besteht jedoch die Gefahr, dass bei aller Offenheit für Neues zentrale Fragen nach strukturellen Bedingungen und Machtungleichgewichten an den Rand gedrängt werden. Ob das Teilhabekonzept für die Ostdeutschlandforschung fruchtbar ist, wird sich an ihren Impulsen für die empirische Forschung und der Formulierung von Fragestellungen erweisen.

Literatur:

ARNDT, Christian/DANN, Sabine/KLEINMANN, Rolf/STROTMANN, Harald/VOLKERT, Jürgen (2006): Das Konzept der Verwirklichungschancen (A. Sen). Empirische Operationalisierung im Rahmen der Armut- und Reichtumsmessung. Machbarkeitsstudie. Tübingen: Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.

Download: [www.iaw.edu/pdf/iaw\\_machbarkeitsstudie\\_2006.pdf](http://www.iaw.edu/pdf/iaw_machbarkeitsstudie_2006.pdf)

BARTELHEIMER, Peter (2007): Politik der Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung (Fachforum Nr. 1/2007. Projekt gesellschaftliche Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung).

[www.sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/Peter\\_Bartelheimer/Literatur/arbeitspapier\\_1\\_07.pdf](http://www.sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/Peter_Bartelheimer/Literatur/arbeitspapier_1_07.pdf)

- BUDE, Heinz (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München: Carl Hanser Verlag.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2007): Jahresbericht zur Deutschen Einheit 2007. Berlin: BMVBS.  
Download: [http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_1013253/Jahresbericht-zur-Deutschen-Einheit-2007.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_1013253/Jahresbericht-zur-Deutschen-Einheit-2007.pdf)
- CASTEL, Robert (2008): Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs. In: BUDE, Heinz/WILLISCH, Andreas (Hg.): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 69-86.
- KRONAUER, Martin (2003): Integration und Ausschluss: Neue Formen der sozialen Ungleichheit, neue Fragen für die Forschung. Vortrag in der Eröffnungsveranstaltung des Schwerpunkts „Integration und Ausschluss“ des Schweizerischen Nationalfonds, Bern, 12. September 2003.  
[www.integrationundausschluss.ch/files/download/Seite\\_4.1\\_Vortrag\\_Kronauer\\_Kick\\_off.pdf](http://www.integrationundausschluss.ch/files/download/Seite_4.1_Vortrag_Kronauer_Kick_off.pdf)
- KRONAUER, Martin (2008), Plädoyer für ein Exklusionsverständnis ohne Fallstricke. In: BUDE, Heinz/WILLISCH, Andreas (Hg.): Exklusion. Die Debatte über die "Überflüssigen". Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 146-153.
- LAND, Rainer/WILLISCH, Andreas (2006): Die Überflüssigen und die neuen sozialen Problemlagen. In: Berliner Debatte Initial 17 (5/2006), S. 39-53.
- NEUGEBAUER, Gero (2006): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz Nachf.
- Ostdeutschland braucht einen neuen Anlauf! (2006). In: Berliner Debatte Initial 17 (5/2006), S. 6-16.
- SEN, Amartya (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München: Hanser.
- VOGEL, Berthold (2008): Biographische Brüche, soziale Ungleichheiten und politische Gestaltung. Bestände und Perspektiven soziologischer Arbeitslosigkeitsforschung. In: Mittelweg 36, 17 (2/2008), S. 11-20.

## Teilhabewelten? Spannungsfelder des sozialen Wandels in Ostdeutschland

Berthold Vogel, Hamburger Institut für Sozialforschung  
E-Mail: [berthold.vogel\(at\)his-online.de](mailto:berthold.vogel@his-online.de)

In keiner anderen Region Europas wurden seit den 1990er Jahren mit Blick auf die Ermöglichung rechtlicher, sozialer, materieller und infrastruktureller Teilhabe ähnliche finanzielle, gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Anstrengungen unternommen wie in Ostdeutschland. Die Einbindung der Bevölkerung in die Systeme der Sozial- und Alterssicherung, die rasche Schaffung und Stabilisierung öffentlicher Arbeitsmärkte, die Förderung privaten Eigentums oder der Ausbau eines modernen und leistungsfähigen Netzes von Daseinsvorsorgeeinrichtungen schufen in Ostdeutschland binnen kürzester Zeit „Teilhabewelten“ auf einem hohen wirtschaftlichen, technischen und wohlfahrtsstaatlichem Leistungsniveau. In starkem Kontrast hierzu stehen die öffentlichen Empfindungen eines Gutteils der ostdeutschen Bevölkerung, die ihre Situation als soziale Ausgrenzung schildern, sowie die gesellschaftswissenschaftlichen Beschreibungen, die substantielle Teilhabeverluste von Rostock bis Zittau konstatieren. Was sind die Gründe für diese Spannung zwischen struktureller Wirklichkeit und subjektiver Wahrnehmung? Wo liegen die Spannungsfelder des sozialen Wandels? Und inwieweit vermag der Begriff der Teilhabe angesichts dieser Diskrepanzen zur Diagnostik gesellschaftlicher Veränderung in Ostdeutschland beizutragen? Ausgehend von dieser Vorannahme und den skizzierten Fragestellungen überprüft der Beitrag erstens die Attraktivität und Tragfähigkeit des Teilhabebegriffs als analytische Kategorie gesellschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Wandels. Das Ergebnis dieser Prüfung fällt sehr skeptisch aus. Zweitens bemüht sich der Beitrag in der Kritik des Teilhabebegriffs um die Identifikation zentraler und exemplarischer Spannungsfelder der ostdeutschen Gesellschaft. Hierzu zählen die Problematiken einer verlorenen (Wende-)Generation im Kontrast mit einer jungen Generation der Hochqualifizierten; die Deklassierung der Industriearbeiterschaft bei gleichzeitiger Prämierung der Flexibilitätsbereitschaft ostdeutscher „Arbeitsspartaner“; die Etablierung öffentlicher, „sekundärer“ Arbeitsmärkte und der sukzessive Rückzug staatlicher Verantwortung aus „leeren Landschaften“. Drittens kommentiert der Beitrag die Teilhabedebatte aus der gesellschaftspolitischen Perspektive wohlfahrtsstaatlicher Rechte und familiärer wie sozialer Verpflichtungen. Am Abschluss steht schließlich die Frage: Wie sieht Wohlstandsverantwortung in den stabilen oder brüchigen „Teilhabewelten“ Ostdeutschlands aus?

## Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Teilhabe in Ostdeutschland

Ulrich Busch, Zentrum Technik und Gesellschaft TU Berlin

E-Mail: busch@ztg.tu-berlin.de

Teilhabe ist ein mikrosoziologischer Begriff. Ins Ökonomische übersetzt, beinhaltet er die produktive und konsumtive Partizipation wirtschaftlicher Subjekte am Sozialprodukt.

Bezogen auf Ostdeutschland als Region bzw. auf die ostdeutsche Bevölkerung meint Teilhabe den *Umfang* und den *Anteil* der Region bzw. der Bevölkerung an der gesamtwirtschaftlichen Produktion oder Wertschöpfung einerseits und am gesamtwirtschaftlichen Verbrauch andererseits.

Beide Größen lassen sich quantifizieren. Ihre Entwicklung kann historisch und bezogen auf die Zukunft in mehreren Szenarien dargestellt werden. Dadurch gewinnt der Teilhabebegriff eine ökonomische Kontur und wird wirtschaftspolitisch operationalisierbar.

Es wird die Auffassung vertreten, dass die Teilhabe der Menschen in Ostdeutschland in der Zeit absolut und relativ (gegenüber Westdeutschland) erhöht werden soll.

Voraussetzungen dafür sind bestimmte *subjektive* und *objektive* Bedingungen.

Erstere umfassen die Bildung der Menschen, ihre berufliche Qualifikation, ihre Mobilitätsbereitschaft, ihren Arbeitseifer, ihre Konsumpräferenz, ihr Sparverhalten usw.

Letztere hängen von makroökonomischen Strukturen und Prozessen ab, sind also volkswirtschaftlich determiniert. Es wird behauptet, dass die Entwicklung Letzterer den Rahmen setzt und die Begrenzung bildet für die Teilhabe der Einzelnen.

Anhand statistischer Daten wird gezeigt, dass sich die produktive Teilhabe der Ostdeutschen in den letzten Jahren im Umfang absolut erhöht hat, relativ jedoch nicht. Dies wird sich aufgrund der gegebenen Bedingungen (Investitionsquote usw.) auch in den nächsten Jahren so darstellen.

Die konsumtive Teilhabe der Ostdeutschen dagegen stagniert im Umfang gesamtwirtschaftlich seit 1996. Bezogen auf die Individuen und Haushalte steigt sie wegen des Rückgangs der Bevölkerung gleichwohl absolut leicht an, relativ aber ist sie auch hier rückläufig, was sich anhand des Gesamtverbrauchs und der Einkommensentwicklung darstellen lässt.

Fazit: Unter den gegebenen makroökonomischen Bedingungen wird es schwierig, wenn nicht gar unmöglich, die Teilhabe im Osten perspektivisch zu steigern. Entsprechende Forderungen bleiben illusionär, sofern die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen dafür nicht entsprechend verändert werden.

## **Beiträge zum Forum I: Arbeit**

### **Bürgerarbeit: Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit**

Sabine Böttcher, Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.

E-Mail: boettcher(at)zsh.uni-halle.de

Bürgerarbeit ist ein Beschäftigungsprogramm für arbeitslose Menschen, die selbst bei guter Konjunkturlage keine Chance (mehr) auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Diese Menschen werden durch Bürgerarbeit im gemeinnützigen Bereich sozial-versicherungspflichtig beschäftigt. Sie erhalten einen Arbeitsvertrag und ein Gehalt, welches in etwa ihrem bisherigen Arbeitslosengeld entspricht.

Die Auswahl der Bürgerarbeiter läuft über einen vierstufigen Prozess, an dessen Ende Arbeitslose mit Integrationschancen für den ersten Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz oder eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten. Allen Arbeitslosen, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht in eine geförderte oder ungeförderte Beschäftigung oder Qualifizierung vermittelt werden konnten, wird die Teilhabe am Erwerbsleben durch Bürgerarbeit ermöglicht. Diese Teilhabe ist für die Betroffenen nach einer zumeist sehr langen Arbeitslosigkeitsphase von immenser Bedeutung, wie in den Interviews mit ihnen immer wieder betont wurde. „Endlich wieder Arbeit zu haben“ – das war für 84 % der Bürgerarbeiter/innen aus Bad Schmiedeberg das Wichtigste, gefolgt von dem Gefühl, „gebraucht zu werden“ (64 %). Die Tatsache, dass die Bürgerarbeiter/innen einen Arbeitsvertrag besitzen und ein Gehalt bekommen, wurde von allen als besonders wichtig beschrieben. Sie fühlen sich wieder integriert und zeichnen sich durch eine hohe Zufriedenheit und Leistungsmotivation aus, obwohl oder trotzdem ihnen nicht mehr Geld als vor der Bürgerarbeit zur Verfügung steht. Die Zufriedenheit der Bürgerarbeiter/innen aus Bad Schmiedeberg, ihre Arbeitsmotivation und die Ursachen dahinter – darum wird es in diesem Beitrag gehen.

### **Was bedeutet Arbeit und Arbeitslosigkeit für junge Ostdeutsche? Ergebnisse aus 20 Jahren Sächsischer Längsschnittstudie**

Hendrik Berth, Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden, Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie

Peter Förster, Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig

Elmar Brähler und Yve Stöbel-Richter, Universität Leipzig, Selbständige Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie

E-Mail: berth(at)wiedervereinigung.de

Die psychischen, körperlichen und sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit sind gut untersucht. Relativ wenige Ergebnisse liegen jedoch aus Langzeitstudien vor. Die Sächsische Längsschnittstudie (<http://www.wiedervereinigung.de/sls>) begleitet seit 1987 kontinuierlich eine identische Gruppe junger ostdeutscher Erwachsener auf ihrem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Die Stichprobe ist repräsentativ für den DDR-Geburtsjahrgang 1973. Von den ursprünglich über 1200 Befragten erklärten sich 1989 N = 587 bereit, weiterhin an der Studie teilzunehmen. An der 21. Welle (2007) der Erhebung nahmen N = 383 Personen (65 %) im mittleren Alter von 34 Jahren teil. 54,4 % waren Frauen. Neben zahlreichen politisch-

gesellschaftlichen Fragestellungen werden auch die (Gesundheits-)Folgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit intensiv untersucht. Mehr als zwei Drittel der Teilnehmer/innen waren bislang ein- oder mehrmals von Arbeitslosigkeit betroffen. Die durchschnittlich erlebte Dauer der Arbeitslosigkeit von 1996 bis 2007 betrug 17,3 Monate, Frauen waren jedoch deutlich länger betroffen als Männer. Die erfahrene Arbeitslosigkeit wirkt sich ebenso wie erlebte Arbeitsplatzunsicherheit signifikant auf zahlreiche Bereiche des Fühlens und Erlebens aus. So entstehen z.B. eine geringere Zufriedenheit mit dem Einkommen, mit der Demokratie oder der gesellschaftlichen Entwicklung seit der deutschen Wiedervereinigung, höhere Angst vor Armut im Alter oder vor sozialem Abstieg sowie eine pessimistischere Einschätzung der Zukunftsaussichten sowohl für sich selbst als auch für die eigenen Kinder. Personen mit Arbeitslosigkeitserfahrungen sind körperlich, vor allem aber psychisch, deutlich belasteter als Personen, die nie arbeitslos waren. Dies zeigt sich u.a. in erhöhten Werten für Angst, Depressivität, Körperbeschwerden, allgemeinen Distress und einer niedrigeren Lebensqualität. Arbeitslosigkeitserfahrungen waren ein wichtiger Grund für ca. 25 % der Teilnehmer/innen in die alten Bundesländer umzuziehen. Die längsschnittlichen Daten erlauben es auch, Vorhersagen für das Eintreten von Arbeitslosigkeit zu treffen. So erhöhen u.a. schlechtere Schulnoten und eine höhere psychische Belastung im Jugendalter signifikant das Risiko, später arbeitslos zu werden.

### **Inklusion und Exklusion im Kontext prekärer Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen**

Kirsten Puhr, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

E-Mail: puhr(at)paedagogik.uni-halle.de

Vielfalt individueller Lebensführung und sozialer Teilhabe

Mein Anliegen ist es, die scheinbare Selbstverständlichkeit des Zusammenhangs von beruflicher Eingliederung und sozialer Teilhabe zu hinterfragen. Damit verbunden ist der Anspruch Einbindung und Ausgrenzung zusammenzudenken und in ihrer besonderen Art von Wechselbeziehung zu explorieren.

Menschen, deren Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen aus unterschiedlichen Gründen eingeschränkt sind, begegnen dieser Situation zum Teil sehr kreativ und produktiv. Mit Analysen biografischer Erzählungen lässt sich zeigen, dass Jugendliche mit und ohne Hauptschulabschluss an den ‚Schwellen zum Arbeitsmarkt‘ und Menschen, die ohne anerkannte Erwerbsarbeit ihr Leben gestalten, nicht als das neue „Prekariat“ (Müller-Hilmer 2006), als „die Überflüssigen“ (Bude/ Willisch 2008), als „die Ausgeschlossenen“ (Bude 2008) oder als „einfach abgehängt“ (Klinger/ König 2006) gelten müssen. Vielmehr sind unterschiedlichste Formen der Lebensgestaltung jenseits anerkannter oder angemessen entlohnter Erwerbsarbeit vorzufinden ebenso wie verschiedenste Probleme im Anschluss an Ausgrenzungen aus dem Arbeitsmarkt.

Dabei deuten sich drei mögliche Perspektiven an, die Zugänge zur Frage nach einer Lebensorganisation ohne Erwerbsarbeit öffnen: erstens ein ‚erweiterter Arbeitsbegriff‘ mit dem sich Teilhabe an gesellschaftlicher Arbeitsteilung jenseits anerkannter und angemessen entlohnter Erwerbsarbeit beschreiben lässt; zweitens die Berücksichtigung von

Komplementärrollen und sekundären Leistungsrollen, die es ermöglicht, ‚Inklusion von Personen in Sozialsysteme‘ differenzierter zu betrachten als ausschließlich über die Teilhabe am Arbeitsmarkt, und drittens Aspekte der ‚Situationsbeurteilung und Selbsteinschätzung‘, die es Menschen erleichtern, ein Leben ohne anerkannte Erwerbsarbeit aktiv zu gestalten. Auf die Frage nach der Bedeutung von Risiken prekärer Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen lassen sich zusammenfassend zwei Antworttendenzen festhalten. Zum einen ist davon auszugehen, dass Leben ohne Erwerbsarbeit nicht „notwendigerweise in Rückzug, Selbstaufgabe, Apathie und Zerfall der Zeitstrukturen endet“ (ebenda, S. 277), sondern von Menschen aktiv und produktiv gestaltet wird, wenn sie Alternativen individueller Lebensführung sowie sozialer Teilhabe realisieren können. Zum anderen bleibt festzuhalten, dass diese Art der Lebensgestaltung durch fehlende gesellschaftliche Anerkennung und unzureichende finanzielle Absicherung erheblich erschwert wird. Zu fragen wäre, ob gerade darin eine wesentliche Bedingung dafür zu finden ist, dass Lebensgestaltung ohne anerkannte Erwerbsarbeit so häufig mit sozialer Exklusion gleichgesetzt wird.

## **Beiträge zum Forum II: Sozio-kulturelle Innovationen und Blockaden**

### **‚Geschlecht‘ in gesellschaftlichen Transformationsprozessen – Möglichkeiten und Grenzen für Teilhabe**

Irene Dölling, Universität Potsdam

E-Mail: doelling@uni-potsdam.de

1. Im Alltagswissen wird ganz selbstverständlich zwischen Männern und Frauen unterschieden und wird dieser Unterschied auf die ‚gegebene Evidenz‘ natürlicher, biologischer Differenz zurückgeführt. Im wissenschaftlichen Denken, insbesondere in der (sozialwissenschaftlichen) Frauen- und Geschlechterforschung gelten die Klassifikationen Mann/Frau nicht als wissenschaftliche Begriffe, vielmehr ist hier ‚Geschlecht‘ die zentrale Kategorie. Mit ‚Geschlecht‘ werden komplexe Zusammenhänge und unterschiedliche Analyseebenen gefasst: Zum einen ist ‚Geschlecht‘ Teil der kulturellen Ordnung einer Gesellschaft, ein basales Klassifikationsmuster, das in *allen* Bereichen/Teilsystemen sozialer Wirklichkeit differenzierend *und* hierarchisierend wirkt. Zum anderen institutionalisiert, verfestigt sich ‚Geschlecht‘ als Geschlechterverhältnis, also als die grundlegende Weise, wie die beiden Genusgruppen in einer Gesellschaft zueinander in Relation gesetzt sind, in Form von Arbeitsteilungen, normativen Zuweisungen von Tätigkeiten und (‚privaten‘ bzw. ‚öffentlichen‘) Handlungsfeldern an das eine oder andere Geschlecht, in Form von rechtlichen Regelungen, von sozialstaatlichen Leistungen und Anspruchsberechtigungen usw. Und schließlich wirkt ‚Geschlecht‘ als mächtiger Faktor individueller Identität(sbildung), als ein inkorporierter Modus der Wahrnehmung und Deutung der sozialen Welt und des eigenen Platzes in ihr. ‚Geschlecht‘ ist *ein* Modus, der soziale Ungleichheit erzeugt und legitimiert und in die gesellschaftlichen Strukturen eingeschrieben ist (Strukturkategorie). Und zugleich ist ‚Geschlecht‘ nichts Gegebenes – es wird vielmehr beständig von Akteur/innen in ihrem alltäglichen Handeln situations- und kontextabhängig zum Einsatz gebracht (doing gender), um ungleiche soziale Positionierungen, Verfügungen über materielle, kulturelle und zeitliche Ressourcen usw. *praktisch* zu leben (Prozesskategorie). In der Uneindeutigkeit, Vagheit von (Geschlechts-)Klassifikationen liegen auch die Potenziale für Um- und Neudeutungen.

2. In modernen Gesellschaften sind Geschlechterverhältnisse untrennbar mit der für diese Gesellschaften charakteristischen strukturellen Trennung von Wirtschaftsweise, also von (mehrwertorientierter) Produktion von Lebens-Mitteln (im weitesten Sinne) in Form von Erwerbsarbeit einerseits, von Bevölkerungsweise, also von für Gesellschaft wie ihre einzelnen Mitglieder gleichermaßen notwendigen sog. reproduktiven Tätigkeiten der Für- und Selbstsorge in privat-häuslicher, kleinfamiliärer Form andererseits verbunden. In der industriegesellschaftlichen oder ‚organisierten‘ (P. Wagner) Phase der Moderne wurde diese strukturelle Trennung und die mit ihr verbundenen Geschlechterverhältnisse institutionalisiert und reguliert in der ‚fordistischen Trias‘ von Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Familie. Mit Konstrukten wie ‚Normalarbeitsverhältnis‘, Ernährer – (dazuverdienende) Hausfrau wurden die beiden Genusgruppen in ein wesentlich hierarchisches Verhältnis zueinander gesetzt und wurde dieses Verhältnis in arbeitsteiligen Geschlechterarrangements praktisch gelebt: im segregierten Arbeitsmarkt, im Ehe-, Familien- und Steuerrecht und den

Anspruchsberechtigungen im Sozialstaat, in den normativen und praktischen Verantwortlichkeiten von Frauen für kleinfamiliäre ‚reproduktive‘ Tätigkeiten usw. Diese fordistische Trias gerät nun seit einigen Jahrzehnten zunehmend unter Druck, es treten Verwerfungen und Reibungen zwischen den Institutionen des triadischen Gefüges auf, die einen grundlegenden Umbau moderner Gesellschaften (Postfordismus) anzeigen. In Ostdeutschland kann die radikale und beschleunigte Weise der Transformation der industriegesellschaftlichen Moderne und ihrer institutionalisierten Geschlechterverhältnisse und praktizierten Geschlechterarrangements studiert werden.

3. Versteht man ‚staatssozialistische‘ Gesellschaften mit Zygmunt Bauman und Peter Wagner als eine Variante der fordistischen/‚organisierten‘ Moderne, dann gilt für die Transformationsprozesse in Ostdeutschland und der Art und Weise, wie diese *auch* als Geschlechterverhältnisse erfahren und in Geschlechterarrangements praktiziert werden, dass sie einerseits als exemplarisch für den Umbau der Moderne analysiert werden können, andererseits aber auch bis heute durch Besonderheiten der sozialistischen Variante der fordistischen Moderne gekennzeichnet sind. Um Möglichkeiten der Teilhabe konkret und geschlechtersensibel ausmachen zu können, ist dies zu berücksichtigen und ist es notwendig, zwei Untersuchungsebenen zueinander zu vermitteln: Zum einen die genaue Analyse der Verwerfungen im institutionalisierten Gefüge der fordistischen Trias und des Entstehens eines neues Gefüges, zum anderen der genaue Blick darauf, wie die (vergeschlechtlichten) Akteure in ihren konkreten Lebensbereichen und -bezügen mit neuen Zumutungen und Anforderungen, aber auch mit der ‚Erschöpfung‘ fordistischer vergeschlechtlichender Klassifikationen und ‚Anrufungen‘ praktisch-alltäglich umgehen und welche Möglichkeiten für neue/erweiterte Handlungsräume jenseits der fordistischen Geschlechtsklassifikationen sich eröffnen.

### **Soziale und kulturelle Infrastruktur zwischen öffentlicher Leistung und privatem Engagement: Territoriale Ungleichheit und Teilhabe in ländlichen Räumen**

Claudia Neu, Johann Heinrich von Thünen-Institut Braunschweig  
E-Mail: claudia.neu(at)vti.bund.de

Die Entwicklung ländlicher Räume ist in den vergangenen Jahren stark in den Fokus des politischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses gerückt. In der Vielfalt des Nebeneinanders von schrumpfenden und wachsenden Regionen haben diejenigen ländlichen Räume besondere Aufmerksamkeit erlangt, in denen die ökonomische Strukturkrise besonders tiefgreifend und der Ausdünnungs- und Alterungsprozess schon weit vorangeschritten ist. Die Folgen sind seit geraumer Zeit bekannt:

- hohe Arbeitslosigkeit,
- selektive Wanderung, damit einhergehend Verschiebung des Geschlechterverhältnisses, beschleunigte Alterung,
- Abbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur,
- schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft mit geringer öffentlicher Beteiligung,
- (zu erwartende Alters-)Armut.

Gleichzeitig wird unübersehbar, dass diese ökonomischen und demografischen Abkopplungsprozesse (Peripherisierung) nicht allein entlegene ländliche Räume Nordostdeutschlands treffen, sondern ebenso bevölkerungsstärkere ländliche Gebiete im Zentrum der EU (Eifel, Gelderland (NL), Nordfrankreich) oder den USA. Diese Entwicklungen sind unmittelbar verbunden mit Fragen nach

- der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse,
- der Zukunft der Daseinsvorsorge,
- territorialer Ungleichheit und Teilhabechancen sowie
- sozialer Kohäsion in Deutschland und der EU.

Am Beispiel einer Fallstudie aus Mecklenburg-Vorpommern möchte ich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem Infrastrukturangebot und der Zukunft der Zivilgesellschaft in entlegenen ländlichen Räumen aufgreifen.

### **Prekarisierungen: pragmatische Geschlechterkonstellationen zwischen orthodoxen Klassifikationen, Erschöpfungen vergeschlechtlichter Formate und Praktiken der Unbestimmtheit**

Susanne Völker, BTU Cottbus  
E-Mail: voelker(at)tu-cottbus.de

Die *gegenwärtige Analyse gesellschaftlicher Transformationen* ist, so zeigt das Beispiel der Prekarisierungsforschung, vor allem durch *zwei Perspektiven* bestimmt: (1) der *Fokussierung der schwindenden institutionellen Integrationskraft* als Bedrohung gesellschaftlicher Kohäsion und (2) *Wahrnehmung von Prozessen der Entsicherung von Herrschaftszusammenhängen und der praktischen Aneignungen* dieser prekären Konstellationen durch die Akteur/innen. Für beide analytischen Perspektiven ist (bzw. sollte sein) die Frage, welche Funktion bei der Integration, also der Einbindung von ‚Subjekten‘, oder bei dem praktischen Stattgeben von sozialer Unbestimmtheit ‚Geschlecht‘ hat, grundlegend. Denn das fordistisch geprägte Geschlechterverhältnis war ein machtvolleres Integrationsinstrument der ‚männlichen Herrschaft‘ (Bourdieu), das bis heute fortwirkt. Zugleich sind gerade die männliche Herrschaft und das Geschlechterverhältnis von der Entsicherung sozialer Gefüge und Institutionen maßgeblich berührt. Das selbstverständliche Ineinandergreifen von Männlichkeit, Erwerbsarbeit, Öffentlichkeit und dem allgemein Menschlichen; von Weiblichkeit, Fürsorge, Privatheit, Partikularität und Geschlechtlichkeit; von zweigeschlechtlicher Arbeitsteilung als Grundlage des Sozialen und Heteronormativität ist zwar nicht einfach Schnee von gestern, aber es ist der Soziologie als *Frage nach seiner spezifischen Konfiguration, seinen ‚internen‘ Nichtübereinstimmungen und seinen Unbestimmtheiten* – so die Ausgangsüberlegung – neu vorzulegen.

Was passiert, wenn gesellschaftliche Institutionen (wie z.B. das Normalarbeitsverhältnis und die Verknüpfungen von Erwerbsarbeit und bürgerlicher Kleinfamilie), die Mensch-Sein bzw. Mensch-Werdung mit Arbeit, genauer: Erwerbsarbeit und mit männlicher Herrschaft als doxische Übereinstimmung zwischen Sozialem, Somatischem und Sexuellem verknüpfen, wenn diese Institutionen sich in ihrer sozialen Ausstrahlungs- und Bindungskraft erschöpfen?

Ist das nicht ein ungeheurer Angriff auf die männliche Herrschaft, denen sich die Akteur/innen in ihrer alltäglichen Praxis gegenüber sehen?

Eigene Untersuchungen<sup>1</sup> zu Lebensführungen von prekär Beschäftigten deuten darauf hin, dass Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit durch Prekarisierungsprozesse sowohl verstärkt als auch umfassend in Frage gestellt werden.

(1) So erweist sich die *Konstruktion zweier entgegengesetzter Männer- und Frauenwelten* mit einem extensiv arbeitenden männlichen Familienernährer und einer auf Zuverdienst und Fürsorge beschränkten weiblichen Position für ein Selbstverständnis attraktiv, das eigene entgrenzte und/oder prekarierte Erwerbsverhältnisse in den Bildern von Männlichkeit bzw. Weiblichkeit zu repräsentieren und deuten vermag. Zugleich zeigt sich in diesen ‚*orthodoxen Klassifikationen*‘ (und in den entsprechenden Interviews wird dies auch wiederholt artikuliert), dass das Versprechen der sozialen Sicherheit in einer vom männlichen Ernährer dominierten Konstellation inzwischen höchst verwundbar und fragil geworden ist und ‚unter der Hand‘ radikale Umstellungen (auch im Geschlechterarrangement) ins Kalkül gezogen werden (Völker 2008).

(2) In der Mehrzahl der Interviews zeigt sich indes, dass Fragen der ‚*Geschlechtsidentität*‘ neu *gerahmt und artikuliert* werden. So sind z.B. in den Lebensarrangements von familienernährenden weiblichen Teilzeitbeschäftigten und ihren dauererwerbslosen Partnern jene ‚*orthodoxen*‘ *Geschlechterzuweisungen* mit der realen Konstellation nicht zu vereinbaren – ihre Ausstrahlungskraft *erschöpft* sich. Im Alltag müssen daher andere Arrangements gefunden und mit ihnen verbundene praktische Umdeutungen der Geschlechterdifferenz plausibilisiert werden. Es drängen sich Fragen der sozialen Anerkennung, der legitimen Teilhabe und danach, worin, in *welcher Arbeit*, in *welchen Formen der Vergemeinschaftung* der jeweilige Beitrag zu einem eingebundenen, sozialen Leben bestehen kann, in den Vordergrund. Obgleich die Einzelnen durchaus nicht *ihr* ‚*Gesicht*‘, d.h. auch ihre bestätigte ‚Männlichkeit‘ bzw. ‚Weiblichkeit‘ verlieren wollen, werden die Vergeschlechtlichungen gerade entlang ihrer Suchbewegungen nach einem würdigen Leben in prekären Räumen neu kontextualisiert und nicht unbedingt in ihrer Hierarchie bestätigt.

(3) Diese praktischen Suchbewegungen zeigen sich vor allem auch in den Interviews der jüngeren Generation. Meine Vermutung ist, dass die Erfahrungen gewachsener Instabilität, Diskontinuität, die von der partiellen Entsicherung sozialer Institutionen und Grenzziehungen ausgehen, gerade für jüngere Menschen eine habituelle Ressource sein können, mit sozial unbestimmten Situationen umzugehen. Zugespitzt formuliert könnte ein verändertes Habitussyndrom beginnen sich abzuzeichnen, das mit dem praktischen Stattgeben von sozialen Ungewissheiten und Unkalkulierbarkeiten auch über offenere Handlungspotenziale hinsichtlich der Geschlechterdifferenz verfügen mag.

---

<sup>1</sup> Die an der Universität Potsdam durchgeführte Studie „Lebensführungen und Geschlechterarrangements im Wandel. Aneignungspraktiken gesellschaftlicher Umbrüche am Beispiel von Beschäftigten im (ostdeutschen) Einzelhandel“ umfasst insgesamt ein Sample von 25 Männern und Frauen. Die im Sommer 2004 und im Winter 2005/2006 befragten Männer und Frauen haben überwiegend eine ostdeutsche Biografie, sie gehören unterschiedlichen Altersgruppen (zwischen 21 bis 60 Jahren) an und leben in sehr unterschiedlichen Familien- und Lebensformen. Es wurden Mitarbeiter/innen in Vollzeit-, Teilzeit- oder geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen befragt. Die betrieblichen und qualifikatorischen Positionen erstrecken sich von der angelernten Aushilfe bis zum/r Filialleiter/in. Mit vier Befragten wurden nach eineinhalb Jahren Wiederholungsinterviews geführt.

Literatur:

VÖLKER, Susanne (2008): Entsicherte Verhältnisse – (Un)Möglichkeiten fürsorglicher Praxis. In: Berliner Journal für Soziologie, Schwerpunktheft ‚Care – Black Box der Arbeitspolitik‘, Band 18 (2008) 2. Berlin, S. 183-338.

**Wie viel wiegt das „ostdeutsche Gepäck“ auf dem Rücken junger Frauen?  
Neue Lebensmuster junger Frauen in Ostdeutschland zwischen Erwerbs- und  
Familienorientierung? Kontinuität und Bruch mit der Müttergeneration?**

Petra Drauschke und Heidrun Schmidtke, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum  
Berlin-Brandenburg e.V.

E-Mail: drauschke(at)t-online.de

In der Literatur werden die Folgen der Aufweichung des Normalarbeitsverhältnisses, des traditionellen Familien(ernährer)modells sowie die Gestaltung neuer Lebensmuster und veränderter Geschlechterarrangements diskutiert. (u.a. Blossfeld, Rüling, Wimbauer, Henninger) Es werden Folgen gesellschaftlicher Bedingungen auf Lebensgestaltung und Geschlechterarrangement diskutiert und es wird konstatiert, dass Frauen nach wie vor die Hauptlast bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie tragen und in traditionellen Rollenbildern verhaftet sind.

Das wundert, bezogen auf ostdeutsche Frauen der heutigen mittleren Generation, nicht, denn sie haben trotz hoher Erwerbsquote in der DDR die Doppel- und Dreifachbelastung der Haus- und Familienarbeit in hohem Maße getragen.

Uns interessiert, ob die junge ostdeutsche Frauengeneration das „biografischen Gepäck“ (Dölling) ihrer Mütter tradiert oder eher modernisiert? (leitende Forschungsfrage)

Uns interessiert:

*Erstens:* Wie reflektiert die mittlere Frauengeneration der heute 50- bis 60-jährigen Frauen ihr gelebtes Leben in der DDR unter dem Gesichtspunkt ihrer Rolle als erwerbstätige Mutter? Welche Erfahrungen wollen sie ihren Töchtern weitergeben? Welches kritische Potenzial ist in dieser Generation verborgen, wenn sie zur Selbstreflexion herausgefordert wird?

*Zweitens:* Welche Lebensentwürfe haben die Töchter dieser ostdeutschen Müttergeneration, also der 25- bis 35-jährigen Frauen? Wie beurteilen sie das Leben ihrer Mütter? Wie bewerten die Töchter ihre eigene Kindheit? Inwiefern sind die Mütter Vorbild, inwiefern bieten sie Reflexions- und Reibungsfläche? Welche Muster werden intergenerativ in der Familie weitergegeben? Haben Töchter (modernisierte) Gegenentwürfe unter folgenden Aspekten: Umfang und Inhalt der Erwerbsarbeit oder anderer Existenz sichernder Modelle; Kinderwunsch; Bewertung öffentlicher Kinderbetreuung; Arbeitsteilung mit dem Partner; Leben in anderen Lebensmodellen und -formen. Welche Muster der Müttergeneration werden bei der Töchtergeneration tradiert bzw. modernisiert?

*Drittens:* Welcher sozialpolitischer Handlungsbedarf in der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik erwächst aus veränderten Lebensmustern der jungen Frauengeneration? Sind Vereinbarkeitsmodelle neu zu denken?

Neue ausdifferenzierte Lebensmodelle sind bei der jungen Frauengeneration zum Teil erkennbar. Die junge Frauengeneration hat ein neues Verständnis von sozialer Sicherheit, wünscht andere Arbeitszeitmodelle, nutzt neue Bildungswege, probiert sich in vielfältiger Weise aus, hat eine neue Weltoffenheit, bekommt später oder gar nicht Kinder, entwickelt neue Partnerarrangements etc. Welchen Einfluss hat darauf das Herkunftsmilieu, insbesondere in unserer Studie: die ostdeutsche Müttergeneration auf ihre Töchter?

Diese qualitative Studie soll mit narrativen lebensbiografischen Interviews von Müttern und ihren Töchtern erarbeitet werden. Ein Vergleich mit der Mütter-Töchtergeneration in den alten Bundesländern wäre wünschenswert. Als Untersuchungsregion ist vorerst Berlin-Marzahn vorgesehen, ein Neubaugebiet in Ostberlin, in welches Ende der 70er Jahre junge Familien zogen, die Mütter in der Regel erwerbstätig waren und gute institutionelle Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorhanden waren. Heute lebt dort auch ein Teil der Töchtergeneration.

### **Bilder des Wandels – Wandel der Bilder in Ostdeutschland**

Christine Dissmann, BTU Cottbus; Nina Gribat, Sheffield Hallam University; Benjamin Nölting, ZTG Berlin  
E-Mail: [dissmann\(at\)realstudio.de](mailto:dissmann(at)realstudio.de)

Dass Bilder die Wirklichkeit nicht nur wiedergeben, veranschaulichen und erklären, sondern auch verstellen und verändern können, ist eine bekannte Tatsache. Der Wandel Ostdeutschlands brachte und bringt bis heute eine große Fülle unterschiedlichster sowohl metaphorischer als auch visueller Bilder hervor – gleichsam als Gegenstück zur materiellen Seite des Umbruchs. Die Rolle von Bildern ist in der sozialwissenschaftlichen Forschung jedoch nur bedingt ausgeleuchtet.

In dem vom Nachwuchsnetzwerk Ostdeutschland im April 2008 durchgeführten Workshop „Bilder des Wandels – Wandel der Bilder in Ostdeutschland“ gingen die Teilnehmer/innen daher der Frage nach, welche Rolle diese Bilder für den Transformationsprozess spielen, inwieweit sie neue Handlungsspielräume und mentale Optionen eröffnen, aber auch inwieweit sie Ängste schüren, Klischees festigen und Denkblockaden hervorrufen. In einer explorativen Zugangsweise auf das Sujet ließen sich unterschiedliche Bildtypen charakterisieren: einmal die sogenannten „Zustandsbeschreibungen“, die vermeintlich objektiv Tatbestände und Zahlenverhältnisse veranschaulichen (zum Beispiel Infografiken und Karten zur Abwanderung, zu Geburtenraten und der Arbeitslosigkeit) und die sich zumindest vordergründig einer Wertung des Dargestellten enthalten. Daneben ließ sich der Typus des „Zukunftsbildes“ identifizieren, das eine positive Vorstellung einer möglichen Entwicklung in die Zukunft projiziert und dessen Formulierung häufig von konkreten gesellschaftspolitischen Interessen getragen ist (zum Beispiel Leitbilder, Visionen, optimistische Zukunftsszenarien). Unter dem Bildtypus „Schreckensbilder“ lassen sich solche Bilder fassen, welche die Entwicklungen in den neuen Bundesländern negativ einschätzen und an herrschende Verlustängste und Ressentiments appellieren (z.B. negative Szenarien, Warnungen, abwertende Stereotypen). Während die „Zustandsbeschreibungen“ eine verhältnismäßig differenzierte und primär informierende Aussage zu treffen versuchen, zeichnen sich die

„Zukunftsbilder“ durch Offenheit, Komplexität und Entwicklungsfähigkeit aus und beinhalten häufig ein Angebot zu individueller Partizipation. „Schreckensbilder“ hingegen sind durch Simplizität, Eindeutigkeit und eine relative Geschlossenheit charakterisierbar, d.h. sie lassen wenig Spielraum zu individueller (Um-)Interpretation und bieten als „vollendete Tatsachen“ meist wenig Ansatz zu eigenem Handeln, sondern können im Gegenteil sogar lähmend wirken.

Im Hinblick auf einen erfolgreichen gesellschaftlichen Wandlungsprozess kann gesagt werden, dass unabhängig vom Bildinhalt ein verantwortungsbewusster Umgang aller Beteiligten mit der herrschenden Bilderfülle vonnöten ist, der auch bei (mitunter notwendigen) negativen Bildbotschaften die Tür zu eigener Positionierung offen lässt, vor allem aber den Rezipienten befähigt, aufgeklärt und kritisch die dargebotenen Bildinhalte zu lesen.

### **Zwischen Mitbestimmung und Ausgrenzung – Bürgerengagement in einer südbrandenburgischen Kleinstadt**

Michael Sperber, Weimar

E-Mail: selbstbestimmt@web.de

Präsentiert werden Ergebnisse des Dissertationsprojekts „Die Veränderung der Lernkultur in einer peripheren Region – im Spannungsfeld von bürgerschaftlichem Engagement, kooperativer Verwaltung und innovativen Milieus – am Beispiel Südbrandenburgs“. Die Forschungsfragen berühren Fragen der Raumordnung (schrumpfende Regionen), der politischen Soziologie (Partizipation) und der Erziehungswissenschaften (Lernkultur). Im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen Beteiligungsprozesse in Südbrandenburg, insbesondere der Kleinstadt Werkleben, d.h. Akteure aus Kommunalverwaltung und -politik, engagierte Bürger sowie Vertreter innovativer Organisationen, die von außen kommend neue Entwicklungsimpulse (bzw. Störungen) einbringen.

Betrachtet wurde der Zeitraum von den politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen 1989-1993 bis zu aktuellen Beteiligungsprozessen und Projekten (2001-2006). Während für die 90er Jahre nur bestimmte Prozesse rekonstruiert wurden, standen bei den aktuellen Prozessen die Handlungs- und Deutungsmuster der Akteure im Mittelpunkt, die durch

- Teilnahme am Lebensalltag und Dokumentenanalyse / Kontextwissen (Region Südbrandenburg und Stadt Werkleben),
- teilnehmende Beobachtung bei einschlägigen Bürgerinitiativen (Lokale Agenda 21, Frauenzentrum) sowie themenbezogenen Beteiligungsprozessen (Schnittstelle bürgerschaftliches Engagement / Verwaltung / kreative Organisationen),
- Einzelinterviews gesammelt wurden.

Ergebnisse:

- Südbrandenburg (bzw. der Bezirk Cottbus) zählte nicht zu den tragenden Regionen der politischen Wende 1989. Dennoch gab es auch hier (spezifische) Formen des politischen Engagements.
- In den 90er Jahren gab es für die bürgerschaftlichen Akteure neben der wirtschaftlichen Ausgrenzung (Deindustrialisierung der Kohle- und Textilwirtschaft), mangelnden

Handlungsoptionen auch verschiedene Phasen direkter Ausgrenzung. Die bürgerschaftlichen Akteure engagierten sich in verschiedenen alternativen Feldern.

- Noch mehr als 15 Jahre nach der Wende zeichnen sich Beteiligungsprozesse in Werkleben durch Handlungs- und Deutungsmuster aus, die auf die Verhältnisse der DDR und die spezifische Entwicklung in den 90er Jahren verweisen.
- Partizipation und innovationstragende Bürgerbeteiligung in Werkleben / Südbrandenburg erfordern besondere, lernunterstützende Rahmenbedingungen.

Literatur:

SPERBER, Michael (2008). Bürgerbeteiligung und Innovation in Ostdeutschland. In: WODERICH, R. (Hg.): Im Osten nichts Neues? Struktureller Wandel in peripheren Regionen. Münster/Hamburg/Berlin/Wien/London: LIT-Verlag, S. 341-375.  
SPERBER, Michael (2008). Regionale Lernkultur – zwischen Regionalplanung und Regionalkultur. In: VOGT, M. T. (Hg.): Ost-West-Kolleg 2007/08.

### **Arbeitsgemeinschaft Lebendige Dörfer – Experiment einer Bildungs-, Beratungs- und Vernetzungsoffensive für Dörfer in dünn besiedelten ländlichen Regionen Brandenburgs**

Silke Stöber, HU Berlin, Sprecherin der AG Lebendige Dörfer im Verein Brandenburg 21 e.V.  
E-Mail: silke.stoeber(at)agrار.hu-berlin.de

#### *Hintergrund der AG*

Im Jahre 2004 gegründet als Ergänzung zur Arbeit der Brandenburgischen Werkstatt Lokale Agenda 21, die vornehmlich in der Stadt und/oder im engeren Verflechtungsraum aktiv wird; seit September 2006 eine ehrenamtlich wirkende AG im Verein Brandenburg 21, der die 3 Initiativen Brandenburgische Werkstatt, Tag der Regionen und die AG Dorf zusammenführt.

#### *Grundgedanken*

- Die AG unterstützt mit Maßnahmen Dörfer/Regionen dabei, die Kraft und das Engagement der vielen kleinen Dörfer in Brandenburg sichtbar zu machen und über einen Dialog und Austausch Zusammenarbeit innerhalb der Dörfer und zwischen diesen zu fördern. Lebendige Dörfer in Brandenburg – der Name ist eine programmatische Zielvorstellung, zur eigentlichen Zielgruppe der AG gehören jedoch alle ländlichen Siedlungen, vornehmlich im äußeren Entwicklungsraum – also Kleinstädte und Dörfer, die sich aus eigener Kraft heraus um ihre Entwicklung bemühen und dazu bereit sind, sich untereinander zu vernetzen und auszutauschen.
- Den äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs sehen wir als peripherisierten Raum, der nicht als Zentrum oder als gleichwertig wahrgenommen und oftmals negativ diskutiert wird: von den Bewohnern selbst, aber auch von der Politik, die sich angesichts leerer Kassen machtlos fühlt, das Ziel Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse aufrecht zu erhalten.
- In gewisser Weise standen die europäischen Dorfbewegungen Pate bei der Gründung. Dem Verlust kommunaler Selbstverwaltung durch Gemeindegebietsreformen wirkt man durch eigene Aktivitäten entgegen. Dorfbewohner selbst initiieren Entwicklungsvorhaben im Dorf und institutionalisieren diesen Prozess in einer Dorfkaktionsbewegung.

Dorfbewegung drückt dabei aus, dass es wie bei einer Bürgerbewegung um die Durchsetzung gemeinsamer Interessen, also um eine Art Lobby der Dörfer für die Dörfer geht.

*Ziele der AG Lebendige Dörfer im Verein Brandenburg 21 e.V.*

- Kommunikation und Erfahrungsaustausch zwischen Dörfern fördern
- Nachhaltige Dorfentwicklung durch Bürgerengagement unterstützen
- Innovative bürgerschaftliche Ansätze durch Dorfvereine, ehrenamtliche Bürgermeister etc. publik machen
- Zusammenarbeit zwischen Dörfern mit dem Charakter einer landesweiten Dorfbewegung fördern
- Dörfliche Interessen an Öffentlichkeit und Entscheidungsträger streuen
- Zum Prozess der politischen Willensbildung und Lobbyarbeit für nachhaltige Dorfentwicklung beitragen

*Instrumente*

Instrumente setzen auf 3 Ebenen an: Kommunikation im Dorf / in der ländlichen Kleinstadt (aktivierende Bürgerbefragungen / PLA-Projektwochen); Kommunikation zwischen den Dörfern und den ländlichen Kleinstädten (Tag der Dörfer, Dorfstammtische, regionale Netze) und der Kommunikation über Dörfer (Wanderausstellung, Homepage).

## **Sozialraumentwicklung – StadtLand-Entwicklung und die soziale Verantwortung der Akteure**

Andrea Gaube, Hochschule Wismar – Stadtumbau

E-Mail: info(at)stadtumbau.hs-wismar.de

- Soziale Situation und Planung
  - Segregation und Lebensweise unter den Bedingungen der neuen Sozialgesetzgebung
  - Soziale Differenzierungen in Stadt- und Landgemeinden
  - Milieu und Sozialraumforschung
  - Soziales Miteinander der Generationen – Möglichkeiten und Grenzen
  - Alternative Strategien und Konzepte im strukturschwachen Raum
- Planungsmethodik und Anforderungen an Sozialraumplanung
  - Planungsbedingungen in einer komplexen und interdisziplinären Betrachtung
  - Daseinsvorsorge und Kommunikation im ländlichen Raum
  - Sozialrechtliche Anforderungen
  - Moderation und Mediation von Sozialraumprozessen
- Ausbildungsstrategien
  - Weg vom klassischen Bild des Planers
  - Interdisziplinäres Denken
  - Strukturiertes Planen
  - Konsensuales Handeln
  - Regionales Handeln für globale Wirkung
  - Bewusstsein für soziale Verantwortung

Der Beitrag basiert auf verschiedenen studentischen Arbeiten im Masterstudiengang, einer Praktikumsarbeit in unserem Forschungsprojekt und eigenen Forschungsarbeiten. Wir sind bemüht die aktuellen demografischen und strukturellen Veränderungen im strukturschwachen ländlichen Raum wissenschaftlich zu begleiten und ein breites Netzwerk aller Partner aufzubauen. Einen Ausschnitt aus dieser breit angelegten Arbeit soll dieser Beitrag aufzeigen.

## **Beiträge zum Forum III: Regionen und Regionalentwicklung**

### **Blühende Landschaften allein reichen nicht aus**

Steffen Maretzke, Bundesamt für Bauwesen und Raumforschung, Bonn  
E-Mail: Steffen.Maretzke@BBR.Bund.de

Die Menschen in den Regionen Ostdeutschlands sind mit einer großen Erwartungshaltung in den deutschen Einigungsprozess gegangen. Nicht zuletzt die versprochenen „Blühenden Landschaften“ nährten diese Hoffnungen. In der Realität gestaltete sich dieser Prozess allerdings viel komplizierter als gedacht, so dass viele Hoffnungen in Ost und West enttäuscht wurden.

Bewegt man sich heute durch die Regionen der neuen Länder, dann ist natürlich unübersehbar, dass flächendeckend enorm viel Geld investiert wurde. Was mit den umfangreichen Solidarpaktmitteln verändert werden konnte, wurde im Wesentlichen auch geleistet. So zeigen sich in den vielfältigsten regionalen Teilstrukturen spürbare Verbesserungen, die die Ost-West-Unterschiede oftmals verschwinden lassen (technische und soziale Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Umwelt, Wohnungsbau, Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs ...).

Allerdings handelt es sich bei diesen Themenbereichen um Strukturen, bei denen die Bundes-, Landes- und/oder Kommunalpolitik z.T. selbst Akteur oder Rahmengesetzgeber sind und/oder um lokale Marktpotenziale, deren Erschließung für viele Unternehmer äußerst interessant war. Die Förderprogramme stießen hier entsprechend auf eine hohe Nachfrage, so dass sich kurzfristige Erfolge erreichen ließen.

Wenn es aber um die Sicherung oder Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der in den Regionen verhafteten Industrie-Unternehmen bzw. produktionsorientierte Dienstleistungen geht, dann hat die Politik schon engere Gestaltungsspielräume. So konnte sie die massiven Deindustrialisierungsprozesse der 90er Jahre nicht verhindern, wie sie auch nur begrenzt in der Lage war, neue in- und ausländische Unternehmen in die ostdeutschen Länder zu locken. Selbst die stark geförderte FuE-Landschaft ist noch immer weniger leistungsfähig als die westdeutsche. Die Entwicklung der ostdeutschen Industrie signalisiert zwar, dass die vielfältigen Förderinitiativen langsam erste Früchte tragen. Allerdings gründen sich die inzwischen überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten der Industrie auf einem sehr niedrigen Ausgangsniveau.

Bei vielen regionalen Strukturen zeigt sich aber noch immer, dass die Ost-West-Disparitäten noch nicht überwunden sind, sich verfestigt oder gar neu herausgebildet haben.

Verfestigungen zeigen sich u.a. im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit, dem Einkommensniveau wie bei den Binnenwanderungen. Neue Disparitäten entwickeln sich bei den demografischen Potenzialen. Infolge massiver Geburteneinbrüche und anhaltender selektiver Abwanderungen hat sich der Alterungsprozess der ostdeutschen Bevölkerung flächendeckend forciert, so dass sich der anfängliche Vorteil eines hohen Anteils junger Menschen an der Bevölkerung bereits in sein Gegenteil verkehrte. Da vor allem die besser qualifizierten Erwerbspersonen die ostdeutschen Regionen verließen, leiden die Regionen z.T. bereits unter einem akuten Fachkräftemangel. Allein diese Tatsache bringt eine massive Gefährdung der Qualität und Attraktivität des Standortes Ostdeutschland mit sich.

Einmal abgesehen von den oftmals vorherrschenden Ost-West-Disparitäten sind diese in den neuen Ländern in der Regel in vielen Teilstrukturen meist weit weniger stark als in den alten Ländern ausgeprägt. Dies ist ein deutlicher Beleg dafür, dass diese Regionen noch immer vor relativ ähnlichen Problemlagen stehen.

Die Raumordnung kann an diesen Disparitäten nur wenig ändern. Was sie leisten kann, ist die Rahmenbedingungen vor Ort so zu verbessern, dass eine Raum- und Siedlungsstruktur gefördert wird, die eine effiziente und kostengünstige infrastrukturelle Versorgung gewährleistet. Auch die Einflussnahme auf die Standortverteilung von Infrastrukturen sowie die Ausgestaltung von Netzstrukturen der Ver- und Entsorgung sowie des Verkehrs sind wichtige Handlungsfelder. Lösungsansätze müssen in den Regionen vor Ort gesucht und entwickelt werden. Modellvorhaben der Raumordnung sind ein wichtiges Instrument, um diesen Prozess zu begleiten und zu fördern (Beispiele bezüglich der Gesundheitsvorsorge, Berufsbildung und ÖPNV).

Selbst die regionale Strukturpolitik von EU, Bund und Ländern kann diese Verhältnisse nur indirekt verändern. Sie ist auf regionale Akteure angewiesen, die diese Fördermittel in den Regionen strukturstärkend einsetzen. Hinzu kommt, dass sich die Gestaltungsspielräume dieser Politiken künftig weiter verringern, weil diese Fördermittel in wichtigen Bereichen abgebaut wurden oder werden. Dies gilt u.a. für die Finanzmittel im Rahmen des Solidaritätspakt II, für die Investitionszulage wie für die Fördermittel im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur“.

### **Schrumpfung, Innovation und räumliche Disparitäten – zu den Gestaltungsmöglichkeiten lokaler Akteure im Bereich Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung**

Thilo Lang, ZunkunftsAgentur Brandenburg  
E-Mail: thilolang@web.de

Ausgangspunkt der Überlegungen dieses Beitrages ist die These, dass Regenerierungsprozesse einer Stadt nur dann langfristig tragfähig sein können, wenn sie auch eine Stabilisierung der ökonomischen und sozialen Basis einschließen. Einfach ausgedrückt: keine Jobs – keine Perspektiven. In der Diskussion über schrumpfende Städte in Ostdeutschland dominieren jedoch die städtebaulichen Fragen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der betroffenen Städte rückt erst langsam in den Fokus der Stadtforschung. Was können lokale Akteure tun, um Impulse für eine erfolgreiche lokale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung zu setzen. Wer sind überhaupt die relevanten lokalen Akteure? Die soziale und lokale Ökonomie können dabei als ein mögliches Handlungsfeld für eine integrierte Stadtentwicklung gesehen werden, sind aber auf zivilgesellschaftliches Engagement angewiesen. Gerade dieses Engagement scheint jedoch dort besonders schwach ausgeprägt zu sein, wo der Bedarf am größten wäre – in den schrumpfenden Regionen Ostdeutschlands. Schließen sich (soziale) Innovation und Peripherie aus? Der Beitrag beleuchtet aktuelle Paradigmen, die den lokalen Diskurs in negativer Weise (noch) prägen, zeigt aber auch Beispiele lokaler Initiativen, die einen symbolischen Beitrag zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise leisten. Diskutiert werden auch die Chancen einer stärker akteursbezogenen Stadtentwicklung auf strategischer Ebene. Dem Vortrag liegt

empirisches Material aus den Städten Schwedt (Brandenburg) und Wolgast (Mecklenburg-Vorpommern) sowie aus Klein- und Mittelstädten in Nordengland zugrunde.

### **Regionale Entwicklung in ländlichen Regionen – Die Mecklenburgische Seenplatte zwischen endogener Entwicklung und Fremdbestimmung**

Theodor Fock, Hochschule Neubrandenburg  
E-Mail: fock(at)hs-nb.de

Die Mecklenburgische Seenplatte, eine der vier Planungsregionen in Mecklenburg-Vorpommern umfasst die Landkreise Demmin, Mecklenburg-Strelitz, Müritz und die Stadt Neubrandenburg. Die Mecklenburgische Seenplatte weist alle Charakteristika einer peripheren ländlichen Region mit erheblichen Strukturproblemen auf. In der Region gibt es eine relativ große (und erfolgreiche) Bereitschaft, sich an Modellvorhaben zu beteiligen, die dem Konzept endogener Regionalentwicklung folgen. Dennoch ist eine entsprechende Aufbruchstimmung nicht zu verspüren und nachhaltige regionale Netzwerke haben sich nur vereinzelt etabliert. Letztendlich fällt eine „Erfolgsbilanz“ der verfolgten Vorhaben verhalten aus.

Am Beispiel ausgewählter Initiativen, insbesondere Regionen Aktiv und Leader, soll der jeweilige Entwicklungsprozess nachvollzogen, einzelne Akteure und deren Projekte analysiert und wirtschaftliche und soziale Ergebnisse beschrieben werden. Für einzelne Vorhaben lässt sich eine erfolgreiche Entwicklung feststellen, die erwarteten und erhofften Prozesse einer Netzwerkbildung und Veränderungen in dem regionalen Governance sind bisher weniger festzustellen. Verschiedene Faktoren können hierzu beitragen so u.a.:

- zu kurze Laufzeit der Initiativen, zu geringe Mittelausstattung
- „falsche“ Schwerpunkte von Fördervorhaben
- zivilgesellschaftliche und administrative Rahmenbedingungen
- wirtschaftliche und strukturelle Rahmenbedingungen

Im Rahmen des Beitrages sollen unterschiedliche Faktoren beispielhaft analysiert werden. Die These, dass insbesondere endogene Ansätze für ländliche Regionen Erfolg versprechend sind, soll hinterfragt werden und es sollen auf der Grundlage der Erfahrungen der Beispielsregion einige wichtige Voraussetzungen formuliert werden.

Die Analyse der Initiativen und Prozesse beruht auf üblichen ökonomischen Ansätzen (Kosten-Nutzen-Analyse, einzelbetriebliche Wirtschaftlichkeitsberechnungen), Bewertungen von Entwicklungskonzepten sowie Befragungen von Akteuren. Grundlage sind insbesondere verschiedene Evaluationen der o.g. Initiativen, die unter der Fragestellung der Effizienz und Wirksamkeit endogener Entwicklungsansätze ausgewertet werden. Der Autor hat an den Initiativen zudem persönlich mitgewirkt (mehrjähriger Vorsitz einer regionalen Partnerschaft in Regionen Aktiv, Mitglied der Leader-Auswahl-Jury in Mecklenburg-Vorpommern).

## **Braucht es neue Ziele und Ressourcen für eine partizipative Regionalentwicklung?**

Axel Dosch, stadt.land.freunde, Wissenschaftliche Politikberatung, Berlin  
E-Mail: axeldosch@gmx.de

Regionalentwicklung und Regionalplanung galt einige Zeit als äußerst partizipativer Prozess. In den 1980er und 1990er Jahren kam es zur vielfältigen Anwendung kommunikativer Elemente und Instrumente in Politik und Planung (Bischoff et al. 2005, Healey 1998, Healey et al. 2003). Auch die Entwicklung ländlicher Regionen, im Besonderen die Dorfentwicklung, war und ist teilweise gekennzeichnet durch vielfältige und aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Betrachtet man die Diskussion um Wirkungen, Erfolge und Erfolgsfaktoren, so überwiegen weitgehend Experten- und Elitenorientierung (Böcher 2003, Blum et al. 2000). Heute können wir feststellen, dass in anderen europäischen Ländern Ziele und Strategien wesentlich basis- und bürgernäher kommuniziert werden (z.B. in Skandinavien, Großbritannien oder Irland). Gerade von diesen Regionen könnten die strukturschwachen und dünn besiedelten Räume Ostdeutschlands wertvolle Erfahrungen und Steuerungswissen transferieren.

Angesichts der Vielfalt transeuropäischer Politiknetzwerke (Leader, Interreg etc.) und Forschungsvorhaben verwundert es, dass aktuelle Entwicklungsstrategien in der Formulierung von Zielen, dem Angebot von Maßnahmen und der Bereitstellung von Ressourcen im Wesentlichen nicht auf aktive Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement angelegt sind. Hier zeigt sich eine deutliche Divergenz von Stadtentwicklungs- und Regionalpolitik. Programme wie Stadtumbau Ost oder Ex-Wost setzen deutliche Akzente der Beteiligung sowohl in der Konzeption und Planungsarbeit als auch bei den Nutzern und verantwortlichen Projektbeteiligten.

Betrachtet man dagegen die ländliche Entwicklungspolitik und deren Förderung von integrierter Regionalentwicklung (Regionen Aktiv, Ilek, Leader, Aktivregionen), so lässt sich nach vielen Jahren von Modellprogrammen zwar feststellen, dass die „elitäre Projektklasse“ mittlerweile intersektoral vernetzt ist und auch zunehmend die Integration der lokalen Unternehmer gelingt.

Für die Teilhabe an der Entwicklung und Umsetzung von lokalen Strategien sind formelle Voraussetzungen gegeben, die zur Verfügung stehenden Mittel dagegen sehr begrenzt. Und hinsichtlich der Programmevaluation sind relevante Indikatoren auf die Beteiligung von WiSo-Partnern und den Frauenanteil an den Maßnahmenteilnehmern beschränkt.

Und es fehlt vor allem in Ostdeutschland an der Berücksichtigung einer wesentlich schwierigeren Ausgangslage der peripheren und ländlichen Regionen (von der Kohäsionspolitik profitieren vorrangig die Länder durch niedrigere Finanzierungsanteile). Ungleiche Lebensverhältnisse durch Abwanderung, Dauerarbeitslosigkeit, Politikverdrossenheit und fehlendes Unternehmertum erfordern zumindest eine höhere Intensität der Kommunikations- und Partizipationsinstrumente, um Identität und Engagement zu fördern.

Die sozialwissenschaftliche Forschung in Ostdeutschland zeigt immer wieder die Problemkreise, Bedürfnisse und Handlungsmöglichkeiten auf (Baade et al. 2007). Die Frage, ob es gelingen kann, bekannte Verfahren der Mitgestaltung und Mitentscheidung von kleinräumigen Strukturen in Stadtteil, Gemeinde und Dorf auf größere regionale

Zusammenhänge zu adaptieren, oder ob es neuer Strategien und Formen einer partizipativen Regionalpolitik braucht, ist bisher nicht beantwortet.

Dabei wäre auch zu untersuchen, wie eine Mobilisierung für gemeinwohlorientierte Werte und Ziele (Natur, Heimat, Kultur etc.) jenseits originärer Inwertsetzungs- oder Wachstumsstrategien gelingen kann.

#### Literatur:

BAADE, K. et al. (2007): Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck. Studie der Universität Rostock, mit Unterstützung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern.

BISCHOFF, A./ SELLE, K./ SINNING, H. (2005): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht über Formen, Verfahren, Methoden und Techniken, überarbeitete Neuauflage. Dortmund.

BLUM, B./ BORGGRÄFE, K./ KÖLSCH, O./ LUCKER, T. (2000): Partizipationsmodelle in der Kulturlandschaft. Analyse erfolgsfördernder Faktoren in 13 Regionalentwicklungsprojekten. *Natur und Landschaftsplanung* 32, S. 340-346.

BÖCHER, M. (2003): Nachhaltige Regionalentwicklung durch Kooperation? Erfolgsfaktoren für regionale Partnerschaften aus politikwissenschaftlicher Sicht. In: MÜLLER, K. et al. (Hg.): *Wissenschaft und Praxis der Landschaftsnutzung. Formen interner und externer Forschungsk Kooperationen*.

FÜRST, D. (2006): Kulturlandschaft – von Placemaking zu Governance-Arrangements. Vortrag auf der Tagung des IUP „Kulturlandschaft – Neue Steuerungsformen in Planung und Politik“, Hannover am 17.03.2006.

GANZERT, C./ SCHERHORN, H./ BURDICK, B. (2004): Bedeutung des Gemeinwohls und der Empathie für eine regionale Vermarktung von Lebensmitteln. Theorie, empirische Beobachtungen und Konsequenzen aus einem Aktionsforschungsprojekt, *Wuppertal-Papers*, 187. Wuppertal.

HEALEY, P. (1998): Building Institutional Capacity Through Collaborative Approaches to Urban Planning. In: *Environment and Planning A*, Vol. 30, pp. 1531-1546.

HEALEY, P./ MAGALHAES, C. / MADANIPOUR, A., PENDLEBURY, P. (2003): Place Identity and local politics: analysing initiatives in deliberative governance. In: HAJER, WAGENAAR (Hg.): *Deliberative Policy Analysis*.

### **Bio-Verpflegung in öffentlichen Küchen als Katalysator für die Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten?**

Martina Schäfer und Carolin Schröder, Zentrum Technik und Gesellschaft TU Berlin

E-Mail: schaefer(at)ztg.tu-berlin.de

In den Regionen „Stettiner Haff“ und „Südharz-Kyffhäuser“ werden bis Ende 2008 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) mehrere Modellprojekte zum demografischen Wandel gefördert. Die beiden Modellregionen sind ländlich geprägte Regionen mit einem geringen Anteil an Industrie und Ballungszentren, betroffen sowohl von Bevölkerungsrückgang, hoher Arbeitslosigkeit als auch von Überalterung. Ziel eines der geförderten Modellprojekte ist es, die Außerhaus-Verpflegung mit frischen – und sofern möglich – regionalen Bio-Lebensmitteln zu einem Markenzeichen regionaler Lebensqualität auszubauen, dadurch regionale Bio-Wertschöpfungsketten zu stärken und einen Beitrag

zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze in Landwirtschaft und Verarbeitung zu leisten.

Parallel werden vom ZTG in einem vom Bundesprogramm Ökologischer Landbau geförderten Forschungsprojekt der Output (unmittelbare Ergebnisse des Projekts), die erfolgten Lernprozesse, der Outcome (unmittelbare Wirkungen) und Impact (mittelbare Wirkungen) dieses Modellprojekts untersucht. Die Datenerhebung erfolgt hauptsächlich durch leitfadengestützte Interviews; Wirkungszusammenhänge werden durch Wirkungsketten und -netze visualisiert.

Bei der noch laufenden Evaluation zeigt sich, dass der demografische Wandel auch Auswirkungen auf die Umsetzung solcher Projekte hat. So stellt es sich zum Beispiel generell als schwierig dar, erfahrene und kooperationsbereite Akteure zu finden – gleichzeitig wollen am Markt erfolgreiche Einzelakteure sich in der Regel nicht über ihre bestehenden Netzwerke hinaus binden. Zu Beginn des Modellprojekts konnte nur am „Stettiner Haff“ auf bereits bestehende Netzwerke im Bereich Landwirtschaft/Regionalvermarktung zurückgegriffen werden. Auch der spezifische Förderansatz des Modellvorhabens hat Auswirkungen auf die Umsetzung: Die Unterstützung der regionalen Akteure im Rahmen des Modellvorhabens erfolgt vorwiegend nicht-investiv und setzt auf aktives Engagement bei der Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten sowie auf Lern- und Kooperationsbereitschaft der Akteure und der (potenziellen) Kund/innen. Genau dieses Human- und Sozialkapital kann in peripheren ländlichen Regionen aber nicht unbedingt vorausgesetzt werden. Bei den beiden Modellregionen „Stettiner Haff“ und „Südharz-Kyffhäuser“ handelt es sich außerdem nicht um historisch gewachsene, in der Bevölkerung verankerte Regionen, sondern um räumliche Einheiten, die für die Modellvorhaben des BMVBS neu „erfunden“ wurden. Durch die spezifischen Ziele des Modellprojekts wird eine enge Verbindung wirtschaftlicher (Stabilisierung von Betrieben, Arbeitsplätzen und regionalen Wirtschaftsstrukturen) und gesellschaftlicher Effekte (Vernetzen und Lernen) impliziert. Ob und in welchem Ausmaß dies in der Umsetzung möglich ist, kann erst nach Abschluss der Wirkungsanalyse geschlussfolgert werden. Gleichzeitig werden spezifische Anforderungen an Akteure formuliert, die – bei einer vergleichsweise geringen Zahl potenzieller Akteure und Kund/innen in teilweise schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen – eine allgemeine Teilhabe an Regionalentwicklung im Rahmen dieses Modellprojekts erschweren. Es stellt sich also die Frage, ob derartige Modellprojekte als Katalysatoren für Entwicklungsprozesse in peripheren ländlichen Räumen geeignet sind und in welchem Maß auf regionale Charakteristika bei der Konzeption und Umsetzung von Fördermaßnahmen und Projekten eingegangen werden muss.

### **Dörfliche Governance – Veränderungen als Chance für neue Wege**

Silke Stöber, HU Berlin, Sprecherin der AG Lebendige Dörfer im Verein Brandenburg 21 e.V.  
E-Mail: silke.stoeber(at)agrar.hu-berlin.de

*„Wenn der Wind der Erneuerung weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.“  
Chinesisches Sprichwort*

In schrumpfenden Räumen setzt eine Abwärtsspirale ein. Der Teufelskreis Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Schließen der öffentlichen Einrichtungen, verringerter Wohlstandstransfer in

die nächste Generation und Vertrauensverlust in der lokalen Gesellschaft scheint schwer zu durchbrechen und unterliegt in Ostdeutschland einer besonderen Dynamik. Brandenburg hat als dünn besiedeltes Flächenland die im Ländervergleich umfassendste Gemeindegebietsreform hinter sich, die eine Reduktion der Gemeinden um 76% von 1.793 auf 420 Gemeinden mit sich zog. Dennoch sind heute über 50% der Gemeinden immer noch sehr klein mit weniger als 2.000 Einwohnern.

Ein lebendiges Dorf wirkt diesem Abwärtstrend entgegen, in dem es als eine aktive Dorfgemeinschaft verantwortungsvoll, partnerschaftlich und insbesondere unabhängig von staatlicher Hilfe eigene Potenziale nutzt und sich Ressourcen erschließt. Es handelt sich um einen Ort mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die lokale Interessen in ihrem Ort vertreten und darüber hinaus sich mit anderen Orten austauschen oder gar zusammenarbeiten. Lebendige Dörfer nutzen somit den Wind der Erneuerung und setzen sich in Bewegung. Sie nutzen den Wind ganz egoistisch für sich, und strahlen möglicherweise dabei in die Region aus. Lebendigkeit sieht in jedem Dorf anders aus. Eine Gemeinsamkeit besteht darin, dass die Menschen im Dorf ihre Bedürfnisse äußern und ihren Lebensraum aktiv mit gestalten. Dorfgewerbe, Dorfbewohner und Gemeinde bauen neue Partnerschaften auf und setzen damit ein neues System in Gang. Durch diesen Austausch wird Bewährtes mit Neuem verbunden und das Dorf bleibt lebendig.

In den ländlichen Siedlungen Brandenburgs gibt es eine Vielzahl solcher innovativen Ansätze dörflicher Governance, die es sich zu entdecken lohnt. Welche Unterstützung sie in ihrem bürgerschaftlichen Engagement seitens des Landes, des Kreises oder der Gemeinde erhalten ist jedoch sehr unterschiedlich. Auch sind nicht alle Brandenburger Dörfer kleine gallische Dörfer, die sich den widrigen Rahmenbedingungen widersetzen – Frust, Verwundbarkeit, Öde und Rückschläge gehören zum Alltag, so wie auch neue andere Rahmenbedingungen für ihre weitere Entwicklung notwendig werden.

## **Beiträge zum Forum IV: Zivilgesellschaftliche Entwicklung**

### **Zivilgesellschaftliche Entwicklung zwischen Prekarität und Engagement**

Michael Corsten, Universität Hildesheim  
E-Mail: corsten(at)uni-hildesheim.de

In den 1990er Jahren kreiste der Diskurs über die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland überwiegend um die Frage nach einer besonderen ‚Mentalität‘ – eine Mentalität, die sich aus der vierzigjährigen Erfahrung der politischen Kultur des Sozialismus ergeben habe.

Empirisch gab es schon damals nur schwache Anhaltspunkte für diese These – etwa leichte Unterschiede der Quoten des Bürgerschaftlichen Engagements oder der Beurteilung von Arbeitsplatzgarantien durch den Staat. Den Ostdeutschen wurde eine stärker ‚etatistische‘ Gerechtigkeitsvorstellung nachgesagt (z.B. Fuchs). Auch hinsichtlich der Erwartungen an demokratische Kultur wurden ‚feine Unterschiede‘ gefunden.

Bei solchen nur leichten Differenzen zwischen Populationen stellt sich die Frage, ob nicht andere Faktoren eingeführt werden können, die die genannten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen ‚wegerklären‘. Solche Faktoren könnten z.B. Schichtungsprofile (Berufszweig, Bildung) der verglichenen Bevölkerungsgruppen oder auch strukturelle Merkmale von Teilregionen innerhalb von West- und Ostdeutschland. Hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements oder der Schätzung des Sozialkapitals ist bekannt, dass regionale oder gar spezifisch lokale Differenzen viel deutlicher ausgeprägt sind als die zwischen Ost- und Westdeutschen.

Insofern werden im Beitrag prägnante Befunde aus neueren Datensätze (FWS, Telefonbefragungen in ost- und westdeutschen Städten, qualitative Interviews mit Engagierten und Nicht-Engagierten), die lokale ‚Cluster‘ von Graden der ‚Prekaritäts‘- bzw. ‚Prosperitätserfahrungen‘ mit der Neigung zu sozialer Vernetzung (Sozialkapital) und freiwilligem Engagement nachvollziehbar machen.

### **Periphere Räume in Ostdeutschland. Zwischen „abgehängt werden“ und neuen Mustern der Teilhabe**

Frank Ernst, Netzwerk Zukunft Sachsen-Anhalt e.V.  
E-Mail: f\_ernst(at)gmx.de

Trotz wirtschaftlicher Erfolge und des Aufbaus einer funktionsfähigen Verwaltung in den Neuen Bundesländern ist es nicht gelungen, „gleichwertige Lebensverhältnisse“ herzustellen. In den peripheren Räumen Ostdeutschlands ist das besonders sichtbar.

Die strukturpolitischen Konzepte der ostdeutschen Länderpolitik haben den Trend zu einer weiteren regionalen Differenzierung dieser „abgehängten Regionen“ mit ihrer Tendenz zur Abkopplung und Stagnation bisher nicht wenden können. Kritiker bemängeln an diesen Konzepten, dass Selbstregulierungs- und Stärkungspotenziale der Kommunen und Bürger

sich nicht ausreichend hätten entwickeln können und dahin gehende Entwicklungen zum Teil sogar blockiert worden seien. Eine zu geringe regionale Selbststeuerung der Kommunen und zu wenig aktive Beteiligung regionaler Akteure zeitigt eine zu geringe Teilhabe. Fakt ist ebenso, dass sich die herbeigesehnte aktive und aktivierende Bürgergesellschaft in diesen Räumen nicht ausreichend entwickelt hat.

Der Vortrag diskutiert anhand von Beispielen aus dem ländlichen Raum Sachsen-Anhalts Formen von Engagement, die den Versuch unternehmen, Perspektiven jenseits der klassischen Strukturen des Erwerbsarbeitsmarktes zu entwickeln und die Förderung von Integration bzw. die Verhinderung von Desintegration zu stärken. Das Besondere an diesen Formen des Engagements ist, dass sie die ausgetretenen Pfade regionaler Aktivierung verlassen: Sie erkunden Neuland zwischen den von der Politik geförderten und von den Verwaltungen begleiteten Programmen einerseits und den vielgerühmten menschlichen „Leuchttürmen“, deren Engagement oft aber individuell gebunden bleibt, andererseits. Folgende Fragen stehen dabei im Vordergrund: Welche Veränderungen bedurfte es und was sind die Voraussetzungen, damit diese Formen entstanden? Welche Kompetenzen und welche Motivationen liegen dem Engagement zugrunde? Welche Kooperationsformen können beobachtet werden? Und nicht zuletzt: Liegt in diesen Formen von Engagement ein strukturbildendes Potenzial, das neue Muster der Teilhabe generiert?

### **Teilhabe in der fragmentierten Stadt – Potenziale und Grenzen**

Bettina Grimmer, Universität Siegen  
E-Mail: grimmer(at)soziologie.uni-siegen.de

Der Beitrag widmet sich exemplarisch zwei Formen der Teilhabe durch Engagement in Vereinen der ostdeutschen Kleinstadt Wittenberge. Die klassische Industriestadt an der Elbe hat nach einer hundertfünfzigjährigen Erfolgsgeschichte seit der Wende besonders stark mit Phänomenen wie Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, Schrumpfung, Fragmentierung sowie einem allgemeinen Bedeutungsverlust zu kämpfen – was die Einwohner nicht nur vor ökonomische und infrastrukturelle Probleme stellt, sondern auch ihre kollektive wie persönliche Identität ins Wanken bringt. Damit ist sie ein gravierendes Beispiel für den ostdeutschen Umbruchprozess.

Dementsprechend ist es bei der Untersuchung der Wittenberger Zivilgesellschaft aus soziologischer Perspektive auch weniger interessant, sozusagen „von oben“ ein möglichst vollständiges Bild zu zeichnen – vielmehr soll es darum gehen, im Weberschen Sinne die Engagierten zu verstehen: Was tun sie in ihrem Engagement, was tut ihr Verein, welche Wertvorstellungen und Weltbilder stehen hinter dem Engagement, welche Motivation bringt sie überhaupt dazu, das zu tun, was sie tun?

Es gibt in Wittenberge eine sehr hohe Vereinsdichte – populär ist das Engagement besonders in Sportvereinen, Kleingartenvereinen und Traditionsvereinen. Vor dem Hintergrund der Umbruchssituation sind jedoch zwei Formen des Engagements besonders interessant: die Erinnerungsgemeinschaft und das bürgerlich-bürgerschaftliche Engagement.

Die Erinnerungsgemeinschaft ist ein besonderes Spezifikum der Umbruchgesellschaft: Sie dominiert v.a. die Vereine, die sich aus dem industriellen Milieu eines Betriebs rekrutieren, der

nach der Wende geschlossen wurde. Durch die Vereinsarbeit wird die Verlusterfahrung der Arbeit und des damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Lebens kompensiert und die kollektive Identität durch die Tradierung ehemaliger Ereignisse und Praktiken temporär wiederhergestellt. In diesem Sinne ist Engagement Teilhabe am ehemaligen Arbeitszusammenhang und ersetzt die verlorene Erwerbsarbeit. Allerdings handelt es sich hier um eine geschlossene Gemeinschaft, die mangels Anschluss an den aktuellen Kontext keinen Nachwuchs mehr findet.

Das bürgerlich-bürgerschaftliche Engagement wird in der Literatur meist als Vorzeigebispiel einer integrativen Zivilgesellschaft behandelt – es geht um die Investition in gemeinnützige Projekte und einer damit verbundenen Verantwortungsübernahme für die Gesellschaft. In Wittenberge findet es sich vornehmlich bei den Fördervereinen des kulturellen Bereichs. Die Engagierten entstammen einem der Stadt entsprechend kleinen bildungsbürgerlichen Milieu und stellen kulturelle Angebote bereit, die auch auf ein bürgerliches Publikum zugeschnitten sind. Dadurch versäumen sie, Brücken zu schlagen, denn durch das Fehlen einer bürgerlichen Mittelschicht in der stark arbeitertlich geprägten Industriestadt mangelt es an der entsprechenden Klientel. So wirkt das Engagement, obwohl für die Engagierten ein bloßer Zusatz zur Erwerbsarbeit, nach innen zwar wiederum stark identitätsstiftend, indem es die Teilhabe an einem bestimmten Milieu garantiert, hat aber auch äußerst distinktiven Charakter.

In diesen beiden Fällen ist Teilhabe durch Engagement in Vereinen nicht die vom Mainstream-Diskurs unterstellte Teilhabe an einer vernetzen und brückenbildenden Zivilgesellschaft, sondern Teilhabe an einer jeweils stark abgeschlossenen Subsinwelt. Sie hilft den Betroffenen, die Umbruchssituation zu bewältigen und ihre Identität zu stabilisieren, vermag aber nicht die Brüche der fragmentierten Stadt zu kitten.

### **Teilhabe und Ausschluss in ostdeutschen Klein- und Mittelstädten**

Thomas Bürk und Matthias Naumann, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner  
E-Mail: buerkt(at)irs-net.de

Neue Entwicklungskonzepte und Leitbilder der Stadtentwicklung betonen zunehmend lokale Eigenverantwortung und die Nutzung endogener Potenziale von Städten und Gemeinden. Eine besondere Rolle spielen dabei zivilgesellschaftliche Aktivitäten und verschiedene Formen der Partizipation der Bewohner. Eine genauere Bestimmung der Ziele, Formen und Rahmenbedingungen des zivilgesellschaftlichen Engagements fehlt jedoch häufig. Gerade in ostdeutschen Klein- und Mittelstädten ist aber dringend erforderlich, folgende Fragen von Teilhabe und Ausschluss zu diskutieren:

*Politische Ökonomie von Partizipation:* So unbestritten die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements für die Stadtentwicklung ist, so wenig werden die Bedingungen von lokalen Stadtaktiven thematisiert. Wie können Ressourcen für lokales Engagement angesichts knapper öffentlicher Haushalte bereitgestellt werden? Welche ökonomischen Perspektiven haben Aktivist/innen angesichts erodierender Arbeitsmärkte und deutlich reduzierter sozialer

Sicherungssysteme? Welche Städte und welche Bewohner/innen können sich zivilgesellschaftliche Aktivitäten leisten?

*Partizipation marginalisierter Akteure:* Dem Wunsch nach mehr bürgerschaftlichem Engagement stehen die Probleme bestehender lokaler Initiativen, beispielsweise im Jugendbereich, entgegen. Zu oft werden lokale Initiativen von Kommunalpolitik und -verwaltung als störend und deviant empfunden. So werden der Erprobung neuer Formen von Teilhabe immer wieder Grenzen gesetzt, die Entpolitisierung, Enttäuschung und Rückzug gerade jüngerer lokaler Aktivist/innen befördern. Wie können bisher marginalisierte Akteure einbezogen werden? Wie können Blockaden lokaler Funktionsebenen aufgebrochen werden?

*Die politische Instrumentalisierung von Partizipation:* Besonders in strukturschwachen Regionen vermögen es rechtsextreme Parteien und Organisationen, Gestaltungs- und Spielräume zu besetzen. In verschiedenen Städten gibt es Beispiele für von Rechtsextremen initiierte Bürgerinitiativen, Veranstaltungen und Treffpunkte. Lokales Engagement rechtsextremer Gruppierungen stellt eine ernsthafte Bedrohung für die demokratische Kultur und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft dar. Wie können Möglichkeiten der Partizipation gestärkt und gleichzeitig derartige Aktivitäten zurückgedrängt werden?

Eine Diskussion der genannten Punkte verspricht, bestehende oder auch abwesende Formen von Teilhabe besser zu verstehen und die notwendige Förderung von zivilgesellschaftlichen Engagements genauer zu identifizieren.

### **Kulturelle Ressourcen regionalwirtschaftlicher Entwicklung und räumliche Disparitäten. Eine vergleichende Analyse von zwei Regionen in Ostdeutschland**

Sylvi Mauermeister

E-Mail: smauermeister(at)yahoo.de

Generalisiertes Vertrauen und Sozialkapital sind als kulturelle Ressource in den vergangenen Jahren im Ländervergleich mit guten Ergebnissen als ergänzende Prädiktoren wirtschaftlichen Erfolges herangezogen und empirisch untersucht worden. Vor dem Hintergrund dieser Befunde für die Ressource generalisiertes Vertrauen zielt die Promotionsarbeit auf die empirische Beantwortung der Frage: Welche Rolle spielen „Vertrauen“ und „Sozialkapital“ bei der Erklärung wirtschaftlicher Unterschiede in ostdeutschen Regionen? In diesem Zusammenhang wurden bisher im Rahmen einer Personenbefragung lokale Fallstudien in Niesky und Horka (Niederschlesischer Oberlausitzkreis) bzw. Zossen, Großbeeren und Ludwigsfelde (Teltow Fläming) durchgeführt, wobei in jeder Region 350 Fragebögen im Rahmen einer Zufallsstichprobe verteilt wurden. Beide Landkreise sind dünn besiedelt und gehören zu den „gering verdichteten“ Räumen. Deutliche Differenzen zeigen sich allerdings in der Entwicklung der Bevölkerung sowie der Wirtschaft.

Die Ergebnisse der Personenbefragung zeigten allerdings keine Unterschiede in der Vertrauens- bzw. Sozialkapitalausstattung in den Untersuchungsregionen. Keine signifikanten Unterschiede zeigen sich auch im Vertrauen zu den politischen Institutionen, allerdings aber in den Prioritäten bezüglich Freiheit und Gleichheit sowie in der Einstellung zur Demokratie. Keine signifikanten Unterschiede zeigen sich darüber hinaus im Niveau des politischen Interesses. Die subjektive Zufriedenheit in NOL ist stärker abhängig von der

nachbarschaftlichen Einbindung und in TF von der Erwerbsarbeit. In der Untersuchungsregion NOL spielt eine starke regionale Bindung eine größere Rolle. Auf der Mikroebene zeigen sich in NOL Zusammenhänge zwischen der Konfessionszugehörigkeit sowie der Kirchengangshäufigkeit und dem Vertrauen bzw. Sozialkapital. Schließlich zeigte sich, dass Vertrauen in TF tendenziell stärker auch über regulative Institutionen und die öffentlichen Medien generiert wird, in NOL vor allem über die Kirche und das Gemeinschaftsgefühl. Die Befragungsergebnisse erlaubten damit eine Annäherung an die in diesem Zusammenhang relevanten Forschungsfragen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Ressource „Vertrauen“ in beiden Landkreisen gleich vorhanden ist und insofern die bisherigen Ergebnisse die Unterschiede in der regional(wirtschaftlichen) Entwicklung beider Landkreise nicht erklären. Vor diesem Hintergrund soll nun ergänzend zur Personenbefragung eine Unternehmensbefragung durchgeführt werden.

Im Blick auf die Bedeutung von Unternehmen für die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigungslage einer Region ist es sinnvoll, neben der (Erwerbs-)Personenbefragung eine gesonderte Unternehmensbefragung durchzuführen. Der Fragebogen der Unternehmerbefragung orientiert sich an der schriftlichen Unternehmerbefragung der Studien des Lehrstuhls für Wirtschaftsgeographie und Raumplanung der Universität Bayreuth, des IWG Bonn in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung sowie einer Unternehmensbefragung zur Standortattraktivität der IHK Sachsen. Dabei werden insbesondere den Ansätzen der „Kreativen Milieus“ und der „Regionalen Ökonomie“ und damit Fragen zur Standortattraktivität (Stärken und Schwächen), zu räumlichen Verflechtungen, zu Forschung und Entwicklung und zum Unternehmerprofil Rechnung getragen.

### **Achtung Anstifter: Bürger werden aktiv! Im Süden Brandenburgs bereiten Bürger die Gründung einer Bürgerstiftung vor**

Victoria Viererbe und Thomas Wude, PROGRESS Wissen kommunizieren GmbH  
[www.progress-partner.de](http://www.progress-partner.de)

Die Idee zur Gründung einer Bürgerstiftung wurde – angeregt durch den Wirtschaftsraum Schraden e.V. – erstmals im Februar 2008 einem breiteren Publikum in der südbrandenburgischen Region vorgestellt.

„Die Geschicke selbst in die Hand nehmen“, dachte sich eine Gruppe engagierter Menschen und bildete im März 2008 eine Initiativgruppe. Hier kommen Unternehmer, Medienschaffende und natürlich interessierte Bürger zusammen. In einem vergleichsweise kurzen Zeitraum hat die Initiativgruppe gemeinsam Visionen und Zielsetzungen für die „Bürgerstiftung Südbrandenburg“ entwickelt.

Die wesentlichen Grundlagen für die nunmehr in den kommenden Monaten geplante Gründung der Bürgerstiftung Südbrandenburg hat die Initiativgruppe vorbereitet. Unterstützt durch die Expertinnen Victoria Viererbe (Berlin) und Doris Voll (Jena) wurden die für die Stiftungsarbeit erforderlichen Vermögens- und Kommunikationsstrategien entwickelt, die

Satzungsunterlagen entworfen. Gleichzeitig hat die Initiativgruppe das förmliche Anerkennungsverfahren zur Stiftungsgründung beim zuständigen Innenministerium des Landes Brandenburg eingeleitet. Das zuständige Referat Bürgerschaftliches Engagement der Staatskanzlei Brandenburg unterstützt ausdrücklich diese Aktivitäten.

Die Bürgerstiftung will Impulse für die Region Südbrandenburg setzen. Dazu wird sie regionale Kräfte bündeln. Sie unterstützt Netzwerke und bringt hierzu unterschiedlichste Akteure in der Region zusammen. Sie wird aber auch selbst „greifbare“ Impulse von Außen initiieren, die bislang das vielmehr ländlich-periphere Südbrandenburg aus unterschiedlichen Gründen nicht erreichen.

Die Bürgerstiftung engagiert sich für ein zukunftsfähiges Leben auf dem Lande – hier insbesondere im Süden Brandenburgs. Schwerpunkte bilden sinnvolle Betätigungsfelder, vor allem für Jugendliche, die Land- und Jugendkultur als auch die Belebung des sozialen und kulturellen Miteinanders in der Region.

Mit den Pilotvorhaben wie Kinder Uni Mobil und Berufscamps will die Bürgerstiftung die regionalen Chancen für die Bindung sowie Ausbildung der jungen Generation unterstützen. Das Projekt Kinder Uni Mobil wird Vorlesungen, Ausstellungen, Experimentierreihen und Filme zu (populär)wissenschaftlichen Themen in die Region bringen. Zukünftig sollen so auch interessante Angebote von Hochschulen, Universitäten und Instituten auf Bundesebene auch den Kindern und Schülern Südbrandenburgs zugänglich gemacht werden.

Berufscamps richten sich an Jugendliche ab 10 Jahren. Sie sollen die Jugendlichen bei der bereits frühzeitigen Berufsorientierung und späteren Berufswahl unterstützen. Bereits in Planung befinden sich Projekte für und mit älteren Menschen in Südbrandenburg, die älteren Menschen unterschiedliche Möglichkeiten eines Engagements vermitteln und dafür sorgen, dass vorhandenes regionales Wissen nicht verloren geht.

Die Idee der Bürgerstiftung ist einfach – „Bürgerstiftung heißt Bürger motivieren“.

Bürgerstiftung sind Menschen, die sich für ihre Region einsetzen – pragmatisch, zielgerichtet und unbürokratisch. Sie wirken unabhängig und sind durch kein Vereinsstatut gebunden. Stiften sichert eine langfristige und zukunftsorientierte Unterstützung von sinnvollen Projekten und Ideen. Hierfür baut die Bürgerstiftung eigenes Stiftungskapital aus Zustiftungen und Spenden auf. Während das Stiftungskapital dauerhaft angelegt ist, werden Stiftungserträge für die Arbeit der Stiftung (Projekte und Aktionen) eingesetzt. Spenden werden bereits kurzfristig für unterschiedliche Aktivitäten im Sinne der Stiftungsziele verwendet.

Interessenten und Unterstützer können mit Geldbeiträgen stiften. Möglich und willkommen sind auch Zustiftungen in Form von Zeitbudget für die ehrenamtliche Begleitung von Projekten sowie das vielfältige Wissen, die Erfahrungen und Ideen der Menschen in der Region.

## **Erprobung neuer Formen von Bürgeraktivierung und Teilhabe in schrumpfenden Städten: Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010**

Heike Brückner, Stiftung Bauhaus Dessau  
E-mail: Brueckner(at)bauhaus-dessau.de

Immer, wenn sich etwas um Umbruch befindet, entstehen Leerfelder, Räume, Risse, an denen etwas Neues ausprobiert und bisheriges auf den Prüfstand gestellt werden kann. Pioniere werden gesucht, in diese Räume hineinzugehen und sie sich anzueignen – Raumpioniere heißt es dann in der Planersprache.

In schrumpfenden Städten haben wir es mit einem besonderen Phänomen zu tun: was bisher ein Mangel war, ist plötzlich zu viel da. Freiraum, Gewerberaum, Wohnraum. Das bietet die Chance über die Ziele städtischer und räumlicher Entwicklung neu nachzudenken – und das jenseits bloßer Verwertungsinteressen. Vor dem Hintergrund von Schrumpfung bekommt der städtische Raum eine neue Bedeutung. Denn es entsteht ein tatsächlich freier Raum, in dem qualitative Parameter städtischer Entwicklung neu diskutiert und ausgehandelt werden können: Renaturierung, Selbstverwirklichung, sozialer Austausch, lokale Ökonomien, kulturelle Neubestimmung, eine Kultur der Interaktion statt der Abgrenzung und Sicherung.

Die IBA Stadtumbau 2010 experimentiert in diesem Sinn: In einer ganzen Reihe der 19 an der IBA Stadtumbau beteiligten Städte wird bei der Stabilisierung der schrumpfenden Stadt offensiv auf das Engagement der Bürger gesetzt. Bürger werden eingeladen, städtische Räume neu zu besetzen, „in-Kultur-zu-nehmen“, wie wir sagen.

Themen wie „kleiner, klüger, kooperativer“, „400 qm Dessau“, „Campus Wittenberg“ oder „Familienfelder“ stimulieren und erproben neue Formen der Förderung von sozialer, kultureller und auch ökonomischer Teilhabe. Aus den Städten Eisleben, Dessau, Wittenberg und Wanzleben wird darüber erzählt.

Oft bleibt das Engagement von Bürgern unsichtbar, und die Interventionen sind eher klein. Besondere Strukturen und Gestaltungsmittel sind daher notwendig, um diese kleinen Interventionen öffentlich wahrnehmbar zu machen – ihnen eine Stimme, eine Bühne und auch Kontinuität zu geben. Über die Erfahrungen mit dieser Art „neuer Dienstleistung an der Stadt und am Bürger“ quer zu den Themen und Städten soll ebenfalls berichtet werden.